

BERLIN: Nulltarif

bei der
BVG...

...Enteignet
die
"ÜSTRA"
Hannover



R
A
S
S
I
S
M
U
S
in
der
Armee



GENOSSEN!

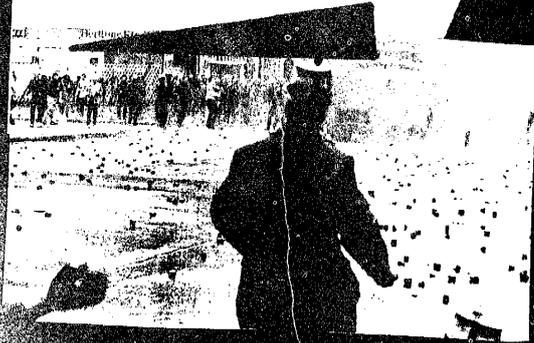
Nicht diese Töne...

Kritik am Artikel
über die
Rote Hilfe



was wir
brauchen,
müssen wir
uns nehmen!
BERICHT ÜBERS
Georg v. Rauch
Haus
2. Teil

Rotz-Knast: Die Kom-
munistische Bewegung
ist die illegalste
Sache der Welt!



16.2.72

ab 50 Pf

12 Seiten

883

Nr.88

Revolutionäre Aktion

DER NEUE BVG-TARIF IST NICHT

50 Pf.

40 Pf.

30 Pf.

20 Pf.

10 Pf.

Dabei sind die anfänglich gestrichenen Subventionen aus Bundesmitteln wieder da. Warum wurden die Tarifierhöhungen trotzdem nicht zurückgenommen?

Die Westberliner SPD-Führung leistet offen Handlangerdienste für die Monopole, um ihnen aus der Krise herauszuhelfen. Die Subventionen wachsen Jahr für Jahr - zwischen 1968 und 1974 sollen sie sich verdoppeln -, gleichzeitig bleiben die echten Industrieinvestitionen immer weiter zurück, gemessen am Bundesgebiet.

Das Geld wandert in unproduktive, volkswirtschaftlich unsinnige Kanäle. Immer neue Spekulationsobjekte a la Kudamm-Eck und Steglitzer Kreisell schlingen aus dem Boden, neue Arbeitsplätze entstehen dadurch nicht.

Diese Subventionspraxis erfordert laut Striek die "Lebensgrundlage unserer Stadt" - spricht der unerlässliche Heilshunger der Berlin-Spekulanten. Auf der anderen Seite wird unsere Lebensgrundlage vom Senat immer unverschämter angetastet. Die planmäßig betriebene Erhöhung der Lebenshaltungskosten ist nichts anderes als verschleierte Lohnraub!

LOHNRAUB:

- Am 19. Oktober beschloß der Senat mit die Erhöhung der Haushaltstarife für die GASAG um 25% pro m² zu erhöhen.
- Am 2. November beschloß der Senat, die Wasserpreise, sowie die Preise für die Entwässerung um 30% anzuheben.
- Am 15. November beschloß der Senat, die BVG-Fahrtpreise bis zu 50% anzuheben.
- Am 23. November beschloß der Senat mit, die Haushaltstarife der BEWA um 20%, die Mieten um bis zu 0,30 Pfg. pro m² zu erhöhen.
- Im Dezember beschloß der Senat, die Gebühren für Kindergartenplätze um 22% zu erhöhen.
- Im Dezember beschloß der Senat, die Eintrittspreise für Freibäder bis zu 4% zu erhöhen.

ung es den Massen, konkreter anpolitisierte Jungarbeiter, Schüler, Lehrlinge und Studenten; erlauben, sie selbst zu wiederholen.

BEISPIELHAFTHE AKTIONEN DER FRANZÖSISCHEN GE- NOSSEN

"Ein gutes Beispiel für eine solche Aktion ist die sog. "U-Bahn-Befreiung" bei Renault/ Billancourt im Februar und März 1970. Kurz zuvor sollten die Fahrpreise der U-Bahn erhöht werden. Keine der herkömmlichen linken Organisationen war imstande, adäquat zu antworten. Die CGT/KPF organisierte lediglich eine ihrer zu ritualisierten Pflichtübungen erstarrten Demonstrationen, tat ansonsten aber nichts. Aber die Empörung der Massen über die erneute Preiserhöhung war sehr groß.

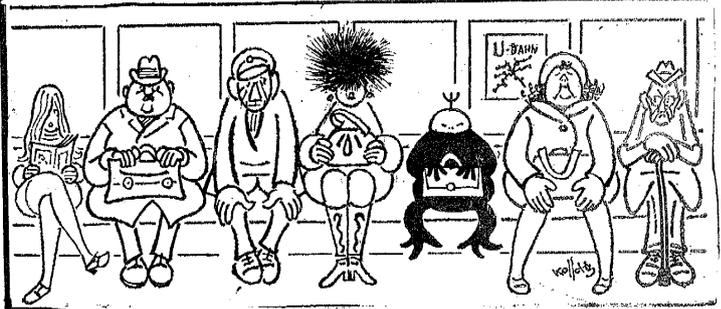
Die Gauche Proletarienne reagierte, indem sie illegale Massenkaktionen organisierte. Jeden Tag besetzten die Arbeiter von Renault die U-Bahn-Station und fuhren gratis. Die Arbeiter, die in großer Zahl an dieser Aktion beteiligt waren, behaupteten ihr Recht durch Gewalt, indem sie sehr kampftunseln, einig und organisiert auftraten. Die Genossen vermassen diese Kampagne innerhalb und außerhalb des Betriebes, indem sie Flugblätter verteilten und Plakate klebten. Sie organisierten Gruppen, die gemeinsam zur U-Bahn gingen und sich ge-

Die Bedeutung der Nahverkehrsmittel liegt für den Kapitalisten allein im Transport der Ware Arbeitskraft zu den Produktionsstätten hin; in der heutigen Gesellschaft würde es keine Produktion und also auch für den Kapitalisten, der für sich kein Nahverkehrsmittel braucht, keinen Profit geben, wenn das Transportmittel der Ware Arbeitskraft plötzlich wegfällt. Daher sehen wir die Forderung nach Nulltarif im Zusammenhang mit der Forderung nach freier Fahrt zum Arbeitsplatz und Übernahme der Kosten durch die Unternehmer.

GLEITENDE LOHNSKALA!

Die Forderung nach einer "gleitenden Lohnskala" ist eine Kampfparole, die nicht von den Gewerkschaften aufgenommen werden kann, deren Verankerung in Tarifverträgen wir auch gar nicht anstreben. Wir verfallen auch nicht der Fehleinschätzung, daß es nur auf den Druck der Basis auf eine bürokratisierte Gewerkschaftsspitze ankäme, dies hieße das Wesen der DGB-Gewerkschaften als kapitalistische Institutionen nicht zu sehen. Die Forderung nach einer "gleitenden Lohnskala" ist ein propagandistisches Instrument, um den Zusammenhang zwischen den steigenden Lebenshaltungskosten einerseits und dem damit verbundenen Lohnraub andererseits aufzuzeigen. Gleitende Lohnskala = permanente Klassenkampf = Durchbrechung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften.

Nun sind von einigen Organisationen noch anderen Forderungen zur Tarifkampagne aufgestellt worden: Spartacus-RJO fordert den 30-Pfennig-Einheits tariff und die "KPD" wendet sich lediglich gegen die Erhöhung. Sparta-



SONDERN 70 Pf., IHR IDIOTEN!

Ab 1. März 1971 wollen uns die Bankrotteure aus der Senatsverwaltung und den Spitzen der BVG bei der Benutzung von Bus und U-Bahn noch mehr Geld aus der Tasche ziehen als bisher:

- + die Einzelfahrt auf der U-Bahn ohne Umsteigeberechtigung soll künftig 60 Pfennig kosten gegenüber 40 Pfennig bisher, das bedeutet eine Preissteigerung von 50%!
- + die Einzelfahrt mit dem Bus ohne Umsteigeberechtigung soll künftig 70 Pfennig kosten gegenüber 50 Pfennig bisher, das bedeutet eine Preissteigerung von 40%!
- + Bei Benutzung einer Sammelkarte ist für eine Einzelfahrt bei beiden Beförderungsarten immer noch 10 Pfennig mehr zu zahlen, die Fahrt mit Umsteigeberechtigung verteuert sich bei der neuen Sammelkarte für vier Fahrten zu insgesamt drei Mark um fünf auf 75 Pfennig!

Kaltschnäuzig bezeichnete Finanzsenator Striek diese Preistreibe rei als "maßvoll" und "angemessen" und zumutbar". In einem scharfma cherischen Tonfall erklärt er in einem von ihm herausgegebenen Traktäthen: "Wer jedoch das Thema BVG nur unter dem Gesichtspunkt "Fahrgeld - ja oder nein" diskutiert . . . hemmt den Fortschritt". Der Senat von Berlin habe mit dem klaren Blick auf die politischen Notwendigkeiten dieser Stadt die Subventionen bewußt gegenüber den Investitionen beschränken müssen.

- Außerdem will die AOK die Beitrag erhöhen, die Taxipreise sind bereits erhöht, und auch die Postgebühren sollen wieder steigen.

DIE KAMPAGNE GEGEN DIE TARIFERHÖHUNGEN

Seit einigen Wochen treffen sich einige nicht-parteigebundene Gruppen zu einem festen Termin im Sozialistischen Zentrum, um die Möglichkeiten der Zusammenarbeit in einer gemeinsamen zu führenden BVG-Kampagne zu erörtern, und die Kampagne politisch und technisch vorzubereiten. Dazu gehören neben Vertretern einiger kleinerer Gruppen die GIM (Gruppe Internationaler Marxisten), die Stadtteilgruppen Kreuzberg und Spandau sowie die 883-Redaktion. Die genannten Gruppen werden sich hauptsächlich auf der technischen Ebene (Herstellung und Verteilung von Flugblättern) und bei der Agitation unterstützen.

Die Qualität und Massenhaftigkeit einer Kampagne gegen die Bankrotteure und Scharzwäcker in der Senatsverwaltung und den Spitzen der BVG leidet sich nicht linear davon ab, inwieweit die Parolen, unter denen sie geführt wird, eine "revolutionäre Gesamtperspektive" berücksichtigen bzw. das Transportproblem wissenschaftlich aus dem Kapitalverhältnis ableiten, denn die Aktionen werden nicht durchgeführt, um uns den Massen durch eigener nicht näher definierter Arbeiterklasse "bekannt zu machen". Vielmehr müssen alle Aktionen gegen die Tarifierhö-

schlossen auf den Kampf mit den Bullen und den CGT-Bonzen vorbereitet. Mitten in der Kampagne eroberte eine Gruppe der Nouvelle Resistance Populaire (Neuer Widerstand des Volkes, eine Partisanen-Resistenzgruppe) 30.000 U-Bahn-Fahrkarten und verteilte sie an die Renault-Arbeiter" (Hochschulkampf Nr. 15/16).

In eine Kampagne gegen die Preiserhöhungen bei der BVG muß eine Kampfstrategie gegen die Preistreiber und die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen im Reproduktionssektor eingehen. Deshalb stellen wir unsere Hauptforderung:

NULLTARIF BEI BUS UND U-BAHN!

in Zusammenhang mit der Forderung nach einer gleitenden Lohnskala. Ausgeschlossen aus unseren Überlegungen ist die Perspektive einer Roten-Punkt-Aktion, wie sie in mehreren westdeutschen Städten abgelaufen ist, weil es nicht um den Aufbau einer eigenen "Infrastruktur" auf dem Gebiet des öffentlichen Nahverkehrs gehen kann, d.h. Sabotage der öffentlichen Verkehrsmittel und ihre Ersetzung durch private PKW's. Es geht hauptsächlich darum, den Anspruch auf kostenlose Benutzung der Verkehrsmittel, die uns allen gehören, auch durch offensive Handlungsweisen sinnföllig zu demonstrieren. Dazu bedarf es Phantasie und Einfallsreichtum.

cus hängt sich mit seiner Forderung an einen Beschluß des Landesjugendausschusses des DGB an, der sich wiederum auf Beschlüsse des OTV-Hauptausschusses stützt. Dieser hatte zur "Reform des Nahverkehrswesens" die Einführung eines 30-Pfennig-Einheits tarifes gefordert. Spartacus verzögert dabei, daß die BVG ein kapitalistischer Profitbetrieb ist, dessen Subventionen die Werkftätigen bezahlen müssen. Die "KPD" andererseits fällt mit ihrer Preisstoppolitik noch hinter die Gewerkschaften zurück. Statt auf die Situation der BVG einzugehen, verbreitet sie sich in der "Roten Fahne" über den Verkehrsarbeiterstreik 1932 in Berlin und die Totgeburt RGO.

Seite

2



rote hilfe

Kritische Bemerkungen zur organischen Struktur des Spaltpilzes

'GENOSSEN NICHT DIESE TÖNE'



Wenn wir eine Kritik des in der vorigen Nummer erschienenen Artikels schreiben "Warum behaupten wir, daß die Rote Hilfe spaltet?" so auf keinen Fall, um diesen Text mehr Bedeutung zukommen zu lassen als unbedingt notwendig ist, sondern vielmehr um die Gefahr zu verringern, die in der Form der arrogant-bornierten Stellungnahme liegt, nämlich die tendenziell richtigen Inhalte zu überdecken, und aufzuzeigen, welche Bedeutung unserer Meinung nach die letzten drei Monate für die Bewegung haben. Das Ausmaß der Blicks-Erfolgsresultate mancher Genossen nach dem Roten-6. Dez.-Montag läßt erkennen, welche unerwarteten und verheerenden Folgen einige richtige Einschätzungen innerhalb der Georg von Rauch "Kampagne" auf die Psyche und das Niveau der politischen Diskussion haben; im Gesundheitsen Jargon werden andere Meinungen denunziert, Differenzierungen werden klein geschrieben. Die Gunst des Augenblicks scheint die Genossen unter das Gesetz der Montagsserie zu stellen, und sie zeigen dieselben Verhaltensmuster wie die richtig kritisierten sektiererischen Organisationen.

Während im ersten Teil des Artikels die Montagsdemonstration nur 3000 Genossen umfaßt, pflanzen sich diese bis zum zweiten Teil munter fort und erreichen die staatliche Zahl von 6000. Diese gewiß beachtliche Leistung wird noch hervorgehoben durch die Dezentrierung der Donnerstagsdemonstration, die laut 883 statt ca. 1500 nur noch 600 Genossen (=10% vom Montag) auf die Beine bringt. Mit der gleichen Leichtigkeit gelingt es die verschiedenen Meinungen in der Roten Hilfe, die innerhalb von zwei Wochen im Zentrum zur Sprache kommen, in die Spaltungstendenz der Roten Hilfe zu transformieren. Zwar wird

richtig berichtet, daß die in dieser Situation unpolitische und bildsinnige Ebene der ideologischen Phrasendrescherei durch die formalen Selbstkritiken der ML-Gruppen-Vertreter aufgebracht wird, gleichzeitig fällt aber der 883-Selbstverständnis-Zensur zum Opfer, daß 883, Soziale Revolution Projektgruppe Stalinismus etc. diese Diskussion sofort mit aufgreifen und somit ihr gerütteltes Maß Mitverantwortung für eine Folge frustrierender Diskussionen haben. Ein Teil der Roten Hilfe spricht sich zu Recht nach langem Erdulden gegen diesen Diskussionsstil aus und wird folgerichtig zum Bußmann aufgebaut. Aus dem gleichen Grunde stoßen die praktischen Vorschläge der "Schopptgruppen" nämlich Zeitung und Agitationsdemonstration, zunächst auf Unverständnis. Billig ist auch der wiederholte Hinweis auf die Schnelligkeit unseres Handelns, der Ausdruck für dessen Richtigkeit sein soll. Wohl gelingt es uns einmal - und sicherlich bedingt durch die über unser Selbstverständnis vermittelte Organisationsstruktur - die Vorhüte der Arbeiterklasse zurückzudrängen, in diesem Zusammenhang erklärt sich dies jedoch als Stoppuhrideologie. Im Stile unserer Stalin-Thälmann-Nachfolgeorganisationen werden Genossen, die nicht unsere Meinung teilen, als "total kaputte" oder "enttäuschte Kleinbürger" abqualifiziert.

Dümmliche Arroganz wird nicht dadurch zur politischen Aussage, daß sie in der 883 statt in der RK erscheint. Was hierbei deutlich wird ist die für alle gefährliche Tendenz der Selbstüberschätzung und eines "Jetzt oder Nie"-Alles-oder-Nichts-Standpunktes. Die Tatsache, daß wir in einer ganzen Reihe von Punkten Recht, die anderen Organisationen Unrecht haben, kann doch für uns kein Grund sein, nun in allen Diskussionen aber erst recht unsere "Linie" durchzusetzen zu wollen oder aggressiv-beleidigt zu reagieren und den Genossen als beinahe einziges Argument unsere berühmte-berühmte Georg von

Rauch Zeitung um die Ohren zu knallen. Wenn wir nicht dazugehen, die oft bewußt in die Bewegung gestreuten Unwahrheiten zu widerlegen, deren unbewußtes Nachplappern und die Beweggründe hierfür, die mehr psychologische weniger politische Natur sind, durch entsprechende Artikulation unsererseits offenzulegen, werden wir uns auch weiterhin nur durch ein anderes ideologisches Plakat unterscheiden. Der 883-Artikel ist kein Schritt aus der Ecke der Sektologen heraus. Im Gegenteil! Nach der Ermordung Georg von Rauchs war die Rote Hilfe die einzige Gruppe, die die zu diesem Zeitpunkt richtige Initiative ergriff und spontan zu einer Massendemonstration aufrief.

Sie war die einzige Gruppe, die im Stande war, die Bremsversuche der Sektiererorganisationen durch eine spontane Aktion einfach zu übergehen. Sie zeigte einer Reihe von Genossen und Gruppen, die sich in den letzten Jahren von der sozialdemokratischen ML-Bewegung zurückgezogen hatten, daß politische Aktionen selbst gemacht werden müssen und nicht von einem ZK ausgekunktelt werden dürfen. Die aufdringlich-peinliche und dennoch folgenlose Selbstkritik der ML-Organisationen zeigte, daß spontane Aktionen der einzige Weg sind, den unpolitischen bürokratischen Willensbildungsprozeß der Sektoren zu überwinden. Dies zu einem wichtigen Zeitpunkt aufgezeigt zu haben ist das Verdienst der Roten Hilfe.

Gleichzeitig jedoch gab es innerhalb der Roten Hilfe eine Richtung, die meinte, mit der erfolgreichen Demonstration vom 6. Dez. sei die Zeit der Aktionseinheit angebrochen und es deutete sich eine Reihe von Demonstrationen an, die in genau das gleiche Fahrwasser zu geraten drohten, wie die Parteiprozessionen. Die Rote Hilfe steuerte auf einen Sammlungsprozeß zu, der völlig außer acht ließ, wer hier eigentlich zusammenfinden sollte.

Demgegenüber vertraten Genossen der Stadtteilgruppe Kreuzberg, der Sozialen Revolution, der 883 und der Projektgruppe Stalinismus

die Auffassung, man müsse sich neue Aktions- und Aufklärungsformen überlegen und diese konkret mit den Genossen aus den ML-Gruppen diskutieren. In der Diskussion über die politische Funktion dieser Aktionen sollten sich die Differenzen herausstellen. Nichts lag uns ferner als eine "philosophische" Leninismuskritik, wie uns das gerade von Genossen der Roten Hilfe unterstellt wurde, was durch konkrete Vorschläge auch widerlegt war. Der konkreten Diskussion wurde aber von den mißoshaft empfindlichen ML-Funktionären ausgewichen mit Argumenten wie man sei diffamiert worden, unorganisierte Elemente könnten nicht "verbindlich" arbeiten, usw.

Obwohl damit der politische Offenbarungsseid von den ML-Gruppen geleistet wurde, sah die Rote Hilfe, befangen in ihrem Sammlungsanspruch, uns als Störenfriede an und geriet damit auf einen ähnlich bornierten Standpunkt wie die Sektoren.

Die Rote Hilfe beteiligte sich dann auch nicht an der Gestaltung der Georg von Rauch Zeitung, und es gab tatsächlich einige Schwierigkeiten, die Ergebnisse vom Ermittlungsausschuß zu erhalten. Ein weiteres Symptom für die Entpolitisierung in der Argumentation der Roten Hilfe ist das Aufgeben der Rücktrittsforderung Neubauers. Nachdem die Rote Hilfe als einzige Gruppe diese Parole in der Agitation nach dem Mord an Georg von Rauch aufbrachte und damit über die weinerlichen Forderungen der ML-Gruppen hinausging, wurde sie stillschweigend fallengelassen. Auch das neueste Flugblatt gegen den Genossen Aktivator, den die Rote Hilfe vom Philisterstandpunkt des reinen Sozialisten angreift, zeigt wenig politisches Differenzierungsvermögen.

Was wir - und damit meinen wir diejenigen, die die besonderen Interessen ihrer Gruppen gegenüber den übergreifenden Interessen zurücktreten zu lassen versuchten - glauben aus den letzten zwei Monaten lernen zu können, nicht zuletzt aus unserem eigenen



Seite 3

Verhalten, ist, daß der Beginn einer neuen, radikalen Bewegung, die den inhaltsentleerten Begriffen wie Kampf, Solidarität, Sozialismus erst wieder ihre Berechtigung geben muß, nur über die radikale Kritik der bisherigen Bewegung (samt ihrer gern zitierten historischen Vorgänger) geschehen kann. Weil die Demonstration am Montag und die Besetzung des Georg von Rauch Hauses der erste praktische Ausdruck einer solchen radikalen Kritik in unseren Augen darstellt, deshalb dürfen sie eben nicht für uns zum endlich erreichten Erfolgserlebnis

ephorisiert werden. Die richtige Fortsetzung dessen, was am Montag seinen ersten spezifischen Ausdruck fand, ist die verstärkte, und in dem 883-Artikel notwendig kritischere Auseinandersetzung mit denjenigen Tendenzen und Organisationen, die ihrem Inhalt und ihrer Form nach die Negation dessen sind, wofür wir als Sozialisten kämpfen. Nicht Anpassung an resignatives Bewusstsein, sondern permanente Kritik und Aktion kann eine Haltung wie "Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes" überwinden.

Genossen aus Sozialer Revolution Projektgruppen Stalinismus und Stalinisbewegung RotZhis

Solidarität

BEFREIUNG BESCHLAGNAHMT!!!

Am 7.2.1972 haben die Bullen in Köln und Mülheim die anarchistische Zeitschrift "BEFREIUNG" beschlagnahmt.

Als Grund gaben sie an: Unterstützung der Baader-Meinhof-Gruppe; Verunglimpfung der Bundesrepublik (was gibt's denn da noch zu verunglimpfen!); Volksverhetzung; unzulässige Verwendung des Hakenkreuzes (wie sieht denn wohl die zulässige Verwendung aus?). Die Beschlagnahme wurde natürlich gleichzeitig auch dazu benutzt, überall rumzuschmeißeln, Adressenkarten und Briefe mitgehen zu lassen etc. Keiner der Betroffenen durfte mit einem Anwalt telefonieren.

DIE GENOSSENEN VON DER BEFREIUNG WERDEN SICH DURCH DIE BESCHLAGNAHMUNG NICHT EINSCHÜCHTERN LASSEN!!!

BESTELLT DIE "BEFREIUNG", SCHIEKT GELD!!

ADRESSE: befreiung c/o Rep.Club 5 KÖLN Am Römerturm 17

mit Befreiung!



Redaktionsschluß für die nächste Nummer ist am 24. Februar. Wir bitten, bei der Einreichung von Leserbriefen und Manuskripten auf diesen Termin zu achten.

Westberliner Buchladen Kollektive

KEINE PRIVATEN PROFITTE
UNTERSTÜTZUNG DES ANTIMPERIALISTISCHEN KAMPFFES



Buchladenkollektiv an der TU 1 Berlin 12, Savignyplatz 5 Tel.: (0311) 313 99 83

Das Politische Buch 1 Berlin 15, Lietzenburgerstr. 99 Tel.: (0311) 883 25 53

Das Kollektiv von Jürgen Buchladen eröffnet demnächst einen neuen Laden (Jürgen Schleicher führt dann den alten Laden ausserhalb der WBK privat weiter)

AUF ANFORDERUNG SCHICKEN WIR UNSERE BUCHVERSANDLISTE

Kneipe in Kreuzberg
Oranien-Ecke Luckauerstrasse
geöffnet ab 2000

STIEGE

Grosses Pils !
DM 1,20 !
Eintopf
herrliche Reisgerichte

WAS WIR BRAUCHEN A NETT

Mittwoch, den 8.12.1971 18,30

Alle Genossen, die im Jugendzentrum versammelt waren und bei den letzten Vorbereitungen halfen (Plakate malen, Essen einkaufen, Matrasen- und Balkenbeschaffung), führen zum Teach-In. Niemand blieb zurück, um noch die letzten Vorbereitungen für die Besetzung zu treffen, z.B. Leiter aufstellen, Zäume durchschneiden, Tür des zu besetzenden Gebäudes öffnen. Alle wollen zum Teach-In, bis auf eine kleine Gruppe, die zum Heimerzieherseminar in die PH führen, um dort die Besetzung zu agitarieren. Eine Dreiergruppe sollte sich dann eine Viertel Stunde vor Schluss des Teach-Ins absetzen und die letzten oben geschilderten Vorbereitungen ausführen.

Gegen 21.30 Uhr waren schon kleinere Gruppen am Mariannenplatz. Da aber niemand genau wußte, wo das Martha Maria Haus liegen sollte und keiner den Weg zeigte (die es wußten waren schon drin), stand man ziemlich ratlos rum. Dies war wohl der Hauptgrund, daß die ersten Bullenwagen eintrafen, vielleicht 30 Genossen im Haus waren. Die übrigen Genossen ließen sich aber dadurch nicht abschrecken. Als den letzten der Weg über die Mauer zum schon unbenannten "Georg von Rauch Haus" abgeschnitten war, waren wir etwa 250 im Haus. Ebensoviele hielten sich draußen auf dem Mariannenplatz auf, wo sie die Bullen in Atem hielt-ten! Dazu die Bz:

"Unter Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken zerstreuten die Polizei eine Ansammlung von etwa 150 Personen auf dem Mariannenplatz. Zuvor hatten sie alle verfügbaren Einsatzkräfte aus Kreuzberg, Neukölln, und Tempelhof sowie Bereitschaftspolizei zusammengezogen. Während des Polizeieinsatzes wurden wiederholt Funkstreifen und andere Polizeifahrzeuge mit Steinen beworfen. Zerstreute Demonstranten blockierten in den umliegenden Straßen mehrmals den Straßenverkehr." Verschieden wurde, daß die Bullen mit ihren "Wannen" mit Vollgas in die Menge reingefahren waren und Flüchtende bis zu den U-Bahnen verfolgten, sie zusammenknüppelten oder/und festnahmen. Verschieden wurde auch, daß mehrere Benossen verletzt wurden.

Inzwischen hatten die Bullen mit ihren Händen das ganze Haus umstellt, sodas niemand mehr raus- bzw. reinkam. Über Megaphon forderten wir die Bullen auf, Jugendstadtrat Beck zu benachrichtigen, der allein ein akzeptabler Verhandlungspartner sein da wie vorher geschildert Beck der Hausherr sei. Gegen Mitternacht erschien denn auch Beck. Wir ließen ihn nur ohne Bullen rein! Beck erklärte den versammelten 250 Genossen, daß er unser Vorgehen gar nicht verstehen würde, denn das Martha Maria Haus sei ohnehin für Jugendarbeit vorgesehen. Erst am Montag seien Leute aus der Wiener Str. bei ihm gewesen. Wahr daran ist, daß am Freitag der Antrag auf Räume für "Treibarbeit" im



Während der Verhandlungen: Demonstranten an allen Fenstern.

Beck-schen Versimner abgegeben worden war. Auf weiteres Gerede ließen wir uns denn auch gar nicht ein, erst Abzug der Bullen und freier Zu- und Abgang, dann können wir weiterreden. Daraufhin verschwand Beck mit seinen Kumpanen Funk und Neugebauer, um sich mit den Oberpfiz zu beraten. Nach einer halben Stunde kam er wieder, und nach einigem hin und her wurde die Zusage Abzug der Bullen und freier Zugang gegeben. Also: "Bullen wegtreten zum Helme putzen" Nach Aushandlung des nächsten Verhandlungstermins, Donnerstag, den 9.12. 18.00 Uhr verschwand Beck und kurz darauf auch die Masse der Bullen. Nur wenige blieben zurück, um das Haupthaus vor "weiteren Übergriffen zu schützen".

Wir richteten uns auf die erste Nacht in Rauch Haus ein. Die einen schafften die notwendigen Lebensmittel und Matrasen her, ein großer Teil ging nach Hause und andere wiederum machten sich daran Flugblätter zu entwerfen. Fünf Stück wurden allein in dieser Nacht produziert, gedruckt und viele noch am gleichen Morgen vor den Ubfen und Betrieben (Datswe) verteilt.

Wie es weiterging erzählen wir auch in der nächsten Nummer!

Flugblatt

BETHANIANEN BESETZT!

Das ehemalige Martha Maria Haus wurde letzte Nacht in Georg von Rauch Haus unbenannt. Das Haus gehört zu dem seit 2 Jahren leerstehenden Bethanien-Krankenhaus in Kreuzberg.

Letzte Nacht besetzten einige hundert Schüler, Lehrlinge, Schüler, Jungarbeiter und Studenten im Anschluss an eine Solidaritätsveranstaltung für Dieter Kuzelmann und Georg von Rauch erfolgreich das zentral gelegene, bezugsfähige 96-Zimmer-Haus.

Das Haus soll zu einem Zentrum für Sozialarbeit aufgebaut werden. In den drei Stockwerken soll die Möglichkeit geboten werden, daß sich selbständige Jugendkommunen bilden können, und zwar a) für Heimgelinge (Treibgänger und Jugendliche, die noch in den Heimen sind), b) für Lehrlinge und Schüler

c) für ehemalige Drogenabhängige Lehrlinge und Schüler wollen sich aus ihren beschissenen Familienverhältnissen lösen. Die Kliniken werden kaum mit den Erziehungskuren fertig (99% Rückfallquote). Die Heime machen die Jugendlichen kaputt. Einzelne Erzieher oder Fürsorgler können an dem ganzen System nichts ändern, die Heimgelungen können es nicht im Heim, die Drogenabhängigen nicht in der Klinik.

Deshalb ist es notwendig, eine Alternative außerhalb dieser Institutionen aufzubauen! Deshalb ist die Besetzung von Bethanien dringend notwendig! Die Besetzer fordern vom Senat außer der kostenlosen Benutzung des Hauses bezahlte Sozialarbeiter, die von den Jugendlichen bestimmt werden. Ihre Auf-

gabe ist u.a. die Abwicklung der rechtlichen Formalitäten. Eine medizinische Betreuung wird ebenfalls gefordert.

Besetzer

Solidarisiert Euch mit den Besetzern Informiert Euch über die weitere Entwicklung in Bethanien!

Arbeitet aktiv mit! Kommt am Donnerstag abend um 17 Uhr zu den Verhandlungen mit dem Senat!

Helft mit, das Haus weiter besetzt zu halten, damit uns die Polizei nicht vertreibt, die gestern abend schon Tränengas gegen die Jugendlichen einsetzte, die ausserhalb des Hauses warteten. Bringt Schlafsocke und Essen mit. Nimm Geld für die weitere Arbeit. (Flugblätter, Essen, Matrasen usw.)

Die Besetzer

**MACHT + RECHT HAT DER
DEM DIE MITTEL GEHÖREN!
DIE MITTEL WERDEN WIR
ERKÄMPFEN!**

Jeder achte Schüler im Bezirk Kreuzberg hat kein eigenes Bett. Jeder dritte Schüler verfügt zuhause weder über einen Arbeitsplatz noch über eine Spielecke. Nur jeder zehnte Schüler hat sein eigenes Zimmer. Fast 40% der Schüler dieses Bezirkes wohnen in einer Wohnung ohne Bad und Toilette. 75% aller Schüler leben in Kleinwohnungen mit ein bis zwei Wohnräumen. In Einraumwohnungen mit Küche wohnen in 39% aller untersuchten Fälle 3 Personen. In 25% aller Fälle müssen die Schüler mit drei weiteren Familienangehörigen die Wohnung - eine Einzimmerwohnung - teilen. In 15% aller Fälle leben 5-6 und mehr Personen in einer Einzimmerwohnung. 76,4% aller befragten geben an, daß sie weder einen Balkon noch einen Garten besitzen. 41% aller Kinder kommen aus lichtlosen Hinterhöfen! Jeder dritte Schüler litt unter Nervosität, jeder sechste unter Schlafstörungen. Bei fast 60% der Schüler wurde im Unterricht Konzentrationsstörungen und vorzeitige Ermüdung festgestellt.

43% der Mütter sind berufstätig und bis zu 10 Stunden nicht zu Hause. (Der Anteil der berufstätigen Mütter hat sich bis heute erhöht.) Fast die Hälfte der Kinder sind Schlüsselkinder, die weder von Großeltern, noch von Nachbarn von einer Kindertagesstätte "betreut" werden.

Diese Schüler werden Lehrlinge oder Jungarbeiter. Ihre häusliche Situation verbessert sich dadurch nicht. Meistens bleiben sie bei ihren Eltern wohnen bis sie heiraten und der Kreislauf beginnt von Neuem, die gleichen Verhältnisse werden produziert. Kritischer Bürgerliche stellen fest, daß leider nur 7-8% der Arbeiterkinder Abitur machen und studieren. Also entfliehen diesem Mißstand allerhöchstens 7-8%. Dazu ist zuzusagen, daß der Prozentsatz der "Aufsteiger" in Kreuzberg noch tiefer liegen dürfte. Aus eigener Erfahrung einiger Mitglieder unseres Kollektiv gehören zum Aufsteigen besondere Bedingungen: Fähigkeit der Eltern, die Kinder zu streben zu motivieren und zu unterstützen. Das ist auch nur möglich wenn die Eltern sich einer günstigen Lage befinden: Vater Polier, Vorarbei-

ter, - kinderarme Familie- eventuell Mittelschulbildung eines oder beider Elter - kinderarme Familie- eventuell Mittelschulbildung eines oder beider Elternteile. Die Jugendlichen nun, deren Bedürfnisse die durch unsere Ausbeutungsgesellschaft gesetzten Grenzen überschreiten, die sich nicht anpassen und individuell diese Grenzen zu sprengen versuchen, nach Bekanntheit mit der Fürsorge.

Diese Jugendlichen, die mit FE oder bevoorkung. (Davon werden später 80% straffällig und landen in Knast!) Gerade hier mit "Randgruppen" oder gar "Lohnproletariat" abtunswollen PEI Bekanntheit mich sind immerhin 20% der Kinder der Berliner Arbeiter- ist idealistisch. Scheinend wollen es diese Genossen nur mit Idealproletariern zutun haben, die man nur noch mit den Weißheiten des Marxismus-Leninismus wiederholen braucht und alles andere geschicht von selbst. Marx - andere geschicht den dialektischen Materialismus als revolutionäre Handeln verstanden. Das er in Ökonomismus (= Überbreitung wirtschaftlichen Denkens) und Bastelei mit historisch überholten Parteiloyalitäten erstarrt, hat er wohl nie geträumt. Wer meint Heimgelinge seien nicht für die Revolution zugebrauchen, weil sie zu kaputt sind ("Asozial") wer ist es denn? Kaputte Typen gibt es überall: Bei Lehrlingen, Arbeitern, Schülern und Studenten. Ein grosser Fehler ist daher einer diskriminieren Schicht einzuzurechnen, sie taugen nichts. Da zeigt sich bürgerlich elitäres (selbst aus-erwählte) abgrenzen nach oben.

Es gilt also, diejenigen Jugendlichen zu unterstützen die ihre beschissene Situation und deren Ursachen kennen und diese ändern wollen- egal aus welcher Schicht sie kommen!

**WIR WOLLEN DOCH NUR
EUER BESTES!**

Ich bin 19 Jahre alt und heiße Klaus. Mein Vater war Arbeiter und meine Mutter Prostituierte, beide konnte ich so gut wie gar nicht, denn bis zum 5. Lebensjahr b in ich bei meinen Großeltern in Berlin-Kreuzberg gewohnt. Zu diesem Zeitpunkt ist meine Oma gestorben und es kam ich in die Pflege der Fürsorge bzw. ins Heim.

Die erste Zeit war ich hier in verschiedenen Kinderheimen bis ich alt genug war und eingeschoben habe, daß es dort Scheiße ist und ich öfter abgehauen bin. Daraufhin kam ich in verschiedene

Heime, weil sie dachten, dort kann ich nicht mehr so oft ab. Aber das Gegenteil war der Fall. Bis auf zwei Heime wo man wirklich nicht abhauen konnte. Bis zum letzten ausgebeutet und geschliffen wird. Das war in Praterstraße 100 Steinbruch und im Kreuzberg. Ich stehe!

In den Heimen Freistadt und Bürgermoor mußten wir morgens um 5.30 Uhr aufstehen, zum Appel antreten, um frühstück gehen und anschließend geschliffen und unter Bewachung zur Arbeit. Die Aufsicht hatten Wache, die mit Ballermännern und Knüppeln rumflüpten und denjenigen, die nicht arbeiten wollte bzw. nicht schnell genug arbeitete kam in einen Raum, wo er zusammengehlagert wurde, bis er einsieht, daß er "gerne" arbeiten will. Die Arbeitszeit ging bis zum Dunkelwerden und anschließend durften wir ins Bett.



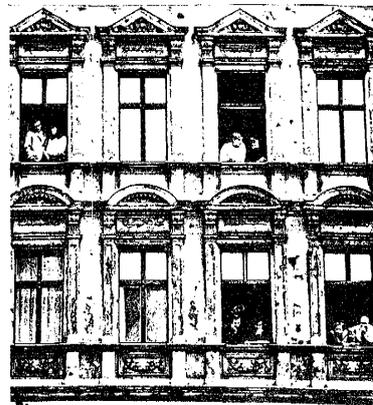
Wappul über Megaphon, Jugendstadtrat Erwin Beck.

Was ich draußen erlebte!

Als wir im Hand Drugstore von der Besetzung des ehemaligen Martha Maria Hauses hörten machten wir uns sofort auf den Weg, um unsere Genossen zu unterstützen. Als wir am Kottbusser Platz standen, sahen wir mehrere Bullenwagen durch die Gegend flüppen. Als wir uns dem Mariannenplatz näherten, wurden wir gleich von den Bullen angegriffen und zusammengehlagert. So wie uns erging es noch ungefähr 150 Genossen, die drussen waren und ins Haus wollten. Die Bullen schmissen wie wild Tränengasbomben in die Massen. Als es einem Teil von uns gelang an das besetzte Haus heranzukommen, sahen wir die Bullen mit ihren Händen, die darauf aufpassen sollten, daß niemand ins Haus reinkam. Später kam dann Beck und versuchte uns mit Worten zu bewegen, das Gelände zu verlassen. Darüber konnten wir nur lachen!

Im Haus selbst herrschte ziemlich viel Verwirrung. Niemand wußte so recht, wie er sich verhalten sollte. Einige verbarrten sich die Ausgänge mit den verhandenen Schränken und Tischen. Unsere Balken und Bretter für die Barrikaden waren im Jugendzentrum geliehen! Zudem war man sich nicht im klaren darüber, in welcher Etage der günstigste Aufenthalt wegen Tränengas einsetz gewährleistet sei. So hatete man dem anfangs von einer Etage in die andere, bis man sich schließlich auf das Hochparterre einigte.

Seite 4



WÜSSEN WIR UNS MEN!



Arbeits ich damals für ein Pückerhaus Tabak und wurde dort ausgebeutet, so würden diese draussen genauso ausgebeutet. Wenn man nämlich draussen in irgendeiner Firma gearbeitet hat, mußte man noch 248,- DM bezahlen dafür, daß man im Heim sein muß.

Deswegen und aus vielen anderen Gründen habe ich die Gelegenheit wahrgenommen, aus Heimen abzuhauen. Komme ich auf Trebe war, habe ich oft bei Typen oder Bräuten gepöbeln oder wenn das nicht ging, habe ich in Kneipen oder in Park übernachtet. Um meinen Lebensunterhalt zu fristen, habe ich oft schwarz gearbeitet oder in Kneipen gegangen. Dieses Jahr bin ich durch die gemeinsame Hilfe vieler Genossen aus der Heimerziehung entlassen worden und habe jetzt noch ein Jahr auf Bewährung offen, die mir die faschistische Gesellschaft gegeben hat, weil sie mir in den Heimen nichts anderes als Knacke gelehrt hat.

**SUCHE ARBEIT ALS KELLNER
IN KNEIPE! GEORG V. RAUCH HAUS
1 BERLIN 36
MARIANNENPLATZ 2A**



**SCHWARZ
+**
KREUZ



Die Schwarz-Kreuz Gruppe im Rauch Haus setzt sich aus ca. 10 Personen zusammen. Unsere Gruppe, die jetzt etwa 2 Jahre besteht, hat seit der Besetzung des Rauch Hauses dort seine Arbeit aufgenommen. Wir arbeiten mit 7 Ärzten zusammen die abwechselnd uns Unterstützung täglich zwei Stunden zur Beratung kommen. Durch eine Vielzahl von Medikamenten- und Geldpenden sind wir auch in der Lage bei kleineren Krankheiten zu helfen. Bisher kamen unsere Patienten fast ausschließlich aus dem Rauch Haus, aber es waren auch schon ältere Leute aus der Bevölkerung bei uns. Von Anfang an haben wir einen Tag- und Nachtdienst aufrechterhalten, da wir aus Erfahrung wissen, daß

viele Genossen, besonders Trebegänger, die von den Bullen gesucht werden, erst am Abend zu uns kommen. Zu uns kann also jeder Genosse oder Nichtgenosse, der von den Bullen gesucht wird kommen, ohne Angst zu haben, und die Bullen ausgeliefert zu werden. Sollten wir jedoch bei schwereren Fällen nicht weiterhelfen können, so kann er sich ohne Bedenken an die zur Verfügung stehenden Ärzte wenden. Da wir eine politische Gruppe sind, verstanden wir medizinische Arbeit mit politischer Agitation. Wir versuchten den Leuten klarmachen, daß die meisten ihrer Krankheiten nicht ihrer sozialen Lage zusammenhängen. Die meisten Genossen, aber auch ein Großteil der Bevölkerung, hausen in Wohnungen, die so schlecht sind, daß zumangriffliche Krankheiten (z.B. Krätze, Bekältungen, Hautausschläge) auftreten müssen. Dabei stehen tausende von Wohnungen leer, die täglich in unser Steuergeld kosten z.B. Methan) Ab der der Staat tut nichts, um diese Mißstände zu beseitigen, sondern im Gegenteil er veranlaßt große Promotoren für die Bonzen, die ungeheures Geld schlecken. Mit diesem Geld könnte man einer Vielzahl von Leuten helfen. Aber das stört die oberen Zehntausend nicht, sie haben genug Geld sich privat behandeln lassen. Sie fliegen sogar bis Amerika, wenn sie glauben, daß ihnen hier nicht geholfen werden kann. Aber sie sind selbst schuld. Mit dem Geld, daß auf ihren Schweizer Bankkonten liegt, könnten man unsere medizinische Versorgung erheblich verbessern. Die größte Schwäche ist, daß sich die Schwäne in den Genossenschaften, SH und anderen Schwänzen teilen mit Genossen anprechen.

Wir haben eingeschaut, daß wir nicht bereit sind, den Herren ehemaligen Zehntausendern unseren Verstand abzugeben. Wir haben wir zur Selbsthilfe gegriffen. Um unsere Arbeit weiterhin erfolgreich durchzuführen, mußten wir auch alle zur Solidarität aufrufen. Da der von Heimerziehung hergebrachte Stigmata erhalten, mußten wir auch alle zur Solidarität aufrufen. Neben der auch auf, uns mit Medikamenten und Ähnlichem zu tun, das bei euch rumliegt und verpackelt, zu spenden. Es kann bei uns besser vorankommen! Auch Geldpenden sind gern willkommen.

Schwarzkreuz
Rauch Haus
1 Berlin 36
Marianneplatz 2 A

Seite 5

Bei der Besetzung waren ein Haufen neue Leute dazu gekommen. Darunter eine Truppe, die sich SH-Trebe-Arbeit nannten. Wie weit sie nun wirklich mit der Schwarz-Kreuz Hilfe zu tun hatten, konnten wir nicht beurteilen. Seither hat sich die SH auch von diesen ausgeflippten Typen distanziert (siehe Pizz-Artikel). Wir bringen diese Auseinandersetzung aber trotzdem, weil sie ein generelles ausgeflippten-Konzept verdeutlicht. -Mit den SHlern meinen wir also nur die Typen, wie sie zu Anfang im Rauch-Haus rumflippeten!

Die Auseinandersetzung mit dieser SH-Trebe-Gruppe bewegte sich hauptsächlich um die Frage, ob mit den Trebern noch andere, Erwachsene, zusammenwohnen sollten. Die SHler, die schon oben wohnt, meinten, das widerspräche in keiner Weise dem Prinzip der Selbstorganisation und berücksichtigten dabei eben nicht, daß sie als Erwachsene (einer war sogar schon über 30) und teilweise ausgeflippte Studenten sich einfach in einer anderen materiellen Situation befinden als ein 15-jähriger Treber. Sie würden nach unserer Ansicht dann automatisch zu Autoritäten werden und dann die gleiche Erzieher-Zögling-Scheiße wie in den Heimen produzieren. Das fanden diese SH-Treber nun garnicht; sie fühlten sich als so ne Art 'Edeltreber'. Die Tatsache, daß die Jugendlichen durch die Heime von der Umwelt isoliert werden und so zum Ausflippen gezwungen werden; die Tatsache, daß die Treber im Rauch-Haus ohne Papiere leben und deshalb nicht arbeiten konnten, das interessierte die Typen nicht, die ihr Rummhängen und Nicht-Arbeiten zum geheiligten Prinzip erklärten, mit der

Argumentation, sie seien berufsrevolutionäre. Deshalb wollten sie ja auch gerne mit Trebern was machen. Die könnten dann auch 'positiv' die Lehrlinge beeinflussen: "Der Lehrling, der seine Lehre schmachtet, hat doch endlich was kopiert! Jeder Betriebsarbeit ist ja so blöd entfremdet, das kann man als bewußter Typ einfach nicht machen". Mit diesen Zitaten läßt sich die Vorstellung dieser Genossen von Stadttellerarbeit, Betriebsarbeit usw am besten zeigen. Folglich waren sie dann auch dafür, Geld für Fressen durch Heimerarbeit ranzuschaffen. Ne kleine unentfremdete Insel im Rauch-Haus!

Weiter wurde behauptet, daß es gerade die Randgruppen wären, die am revolutionärsten wären, weil diese als die Ausgebeuteten nichts mehr zu verlieren hätten. Die Typen im Rauch-Haus machten daraus das Prinzip, möglichst alle in diese Randgruppen-situation zu bringen und dann auch noch möglichst hier und jetzt Stadtguerilla im Rauch-Haus zu machen. Um ihre schwache Position im Rauch-Haus zu festigen, wurden dann schnell ein halbes Dutzend Treber, die eine gewisse Machtposition innehatten, in die SH aufgenommen. Einfach so. Verstehen wir will. So kann man jedenfalls nicht politisch arbeiten.

Die SHler hatten auch gegenüber dem Senat ne unheimlich komische Strategie, nämlich eigendlich gar keine. Um das Haus zu halten, mußte schließlich verhandelt werden, wir mußten einen möglichst günstigen Nutzungsvertrag bekommen. Die SHler, immer nach dem Motto 'das sind alles sowieso Faschisten', kümmernten sich entweder nicht um die Verhandlungen oder hielten jeden Vorschlag der Gegenseite für einen unheimlichen Trick, uns reinzulügen. Statt dessen bereiteten sie die Verteidigung des Hauses vor und entfachten damit einen unheimlichen Angstterror vor der Polizei bei den Trebern, die es aus ihren alten Erfahrungen her schon dauernd deswegen in Panik waren. Bei dem Verhalten wären die Bullen auch wohl noch eines Tages angegrückt. Statt dessen galt es, die Widersprüche

in der SPD zu unseren Gunsten auszunutzen; nur so konnten wir das Haus halten. (Über die Senatsstrategie, da schreiben wir noch mal was)

Die BHL (Basisgruppe Heim- u- Lehrlingsarbeit) bestand dagegen darauf, daß Selbstorganisation der eigenen Lebenspraxis von Jugendlichen nur heißen konnte: nur Jugendliche können im Rauch-Haus wohnen! Außerdem konnte es nicht unser Ziel sein, ne kleine Idylle Insel zu schaffen, sondern im Gegenteil möglichst alle wieder zur Aufnahme von Lehre, Arbeit und Schule zu bringen. Wobei wir selbst auch arbeiten gehen. Nur von daher kann man richtige Stadttellerarbeit beginnen, zusammen mit den Jugendlichen in Betriebsgruppen, Lehrlingsgruppen, Schulgruppen etc aufzubauen und in diesen und durch diese den Kampf gegen das kapitalistische System führen.

Mit dem ganzen Schwund seitens der SHler hatten wir ne ganze Weile zu tun, solange bis eine Gruppe von Trebegängern die Sache in die Hand nahm und die Typen raussschmiß



SELBSTKRITIK

ZUR SITUATION DER SCHWARZEN HILFE (SH)

Bis zum November hatte sich die SH unheimlich gut entwickelt. Es arbeiteten genügend Genossen verbindlich mit. Die finanzielle Situation war ganz gut. Die Information über die Arbeit nach draussen lief gut, auch die Kommunikation mit anderen Gruppen. Die SH wollte ihre Arbeit auf Stadttellerarbeit und Arbeit mit Trebegängern erweitern.

Aus verschiedenen -mehr oder weniger privaten Gründen- mußten aber einige Leute aus der SH aussteigen, die bis dahin einen großen Teil der anfallenden Arbeit gemacht hatten. Als Ersatz tauchten dann jede Menge Flipper, Schnorrer + andere Arschlöcher in der SH-Wohnung auf. Sie stiegen anschließend voll in die SH-Arbeit ein, klopfen große Sprüche, planteten die irrezenten Sachen und versprachen das Blaue vom Himmel herab. Sie bildeten den festen Kern der Trebe-Gruppe. Die SH-Genossen waren froh, daß überhaupt wieder Leute mitmachteten und schätzten die Gefährlichkeit dieser Typen falsch ein. Schon 2x war die SH wegen solcher Geschichten fast kaputt gegangen.

So sah es denn Ende November/Anfang Dezember zwar ziemlich chaotisch aus, aber die SH-Genossen waren recht optimistisch und wollten die SH bis zum Ende des Jahres neu zu organisieren -entsprechend dem festgelegten Konzept (siehe Pizz Nr. 9/Knastseite)

Mit der Besetzung des Rauch Hauses, bei der auch die SH mitmachte, spitzten sich die Widersprüche zwischen den

BEKANNTMACHUNG

Ab

Nun geht es ja wohl bald nicht mehr

Die Herrschenden haben es beschlossen - die Polizei ist angewiesen es durchzusetzen: Die Fahrpreise der ÜSTRA werden erhöht. Eine Unverschämtheit. 1969 gingen tausende Schüler, Studenten, Arbeiter auf die Straße. Arbeiter sammelten in den Betrieben Geld um Zement kaufen zu können und um damit die Schienen zuschmieren zu können. Die vorgezeichnete Fahrpreiserhöhung wurde nach diesem Machtkampf von den Herrschenden zurückgenommen. Der erneute Versuch die Fahrpreise heraufzusetzen ist eine Provokation. Wenn wir diesen Angriff nicht abwehren werden wir 1974 für eine Fahrt mit der U-Bahn 2,- DM bezahlen müssen. Wir müssen uns wehren.

1. März '72 führt die

ÜSTRA

umsonst -

Die gesamten Fahrpreiserhöhungen der ÜSTRA machen wieder einmal mit aller Schärfe deutlich, unter welcher beschissenen Umständen Schüler, Studenten, Arbeiter, Rentner und Hausfrauen in dieser Gesellschaft leben müssen. Dabei ist die Tatsache, daß wir wieder einmal mehr Geld zahlen sollen eine wichtige Sache, gegen die wir uns mit aller Kraft wehren müssen. Gleichzeitig wird jedoch ein weiteres Problem sichtbar, das ganz offensichtlich innerhalb dieser Gesellschaft nicht gelöst werden kann. Die Zerrissenheit der Städte, in denen wir leben und das sich daraus ergebende Verkehrsproblem. Denn wir müssen uns doch fragen, wie es dazu kommt, daß wir so lange Wege zurücklegen müssen. Der Grund ist, daß wir dort wohnen müssen wo wir nicht arbeiten, daß Arbeitsplatz und Wohnung kilometerweit auseinanderliegen. 60% - 70% des

Zustand, der so bleibt, sondern sich ständig verschärfende Tendenz. Die so erkennbare Entwicklung der Stadtstruktur verstärkt den entfremdeten Zustand des arbeitenden Menschen, wo er lebt, wo er nicht arbeitet und arbeitet wo er nicht lebt. Die Aufhebung dieses Zustandes ist nicht von heute auf morgen erreichbar. Voraussetzung ist, daß die private Macht an Produktionsmitteln nicht mehr in den Händen einzelner liegt. Die Trennung von Wohnen und Arbeiten ist Produkt des Kapitalismus und daher erst aufhebbar mit dessen Abschaffung.

Im Grunde werden wir doch immer wieder beschissen. Zumindest versucht man es. Nicht genug damit, daß wir in beschissenen Städten leben müssen, in denen wir wohnen wo wir nicht arbeiten und arbeiten wo wir nicht wohnen, verlangt man auch noch, daß wir tief in die Tasche greifen sollen, um die notwendigen Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz zurücklegen zu können. Wenn es darum geht, daß uns andere Leute das Geld aus der Tasche ziehen wollen, dann ist es möglich, Massenverkehrsmittel kostenlos zur Verfügung zu stellen. Doch wenn wir zur Arbeit oder zur Schule wollen, dann müssen wir zahlen. Die Herren da oben wissen nämlich, daß wir, zur Arbeit, zur Schule und Uni müssen, daß wir darauf angewiesen sind unsere Arbeitskraft zu verkaufen, oder uns in Schule oder Uni darauf vorbereiten

ride, daß den Käufer in die Innenstadt locken soll. Stehen Profitinteressen im Vordergrund ist es möglich den Massenverkehr kostenlos zu organisieren. Haben wir dagegen ein Interesse an kostengünstiger Beförderung stehen dem Sachverhalte entgegen. Uns bleibt nur eine Möglichkeit - Kampf!

Was können wir tun? Wie können wir uns verständlich machen? Sprachprobleme - unterdrückt von Schule und Elternhaus sind wir unfähig Begriffe zu bilden, Sätze zu sprechen. Die Herrschenden: viel Geld,

großes Auto, gute Schulbildung, Rhetorik - dazu fähig sich über einen längeren Zeitraum zusammenhängend auszudrücken. Sie üben direkten, unmittelbaren Einfluß auf die Stadtplanung aus.

Der Mittelstand, kleinere Geschäftsleute, Akademiker. Eine gute Schulbildung macht es ihnen möglich sich auszudrücken. Sie haben Beziehungen. Sie bilden Bürgerinitiativen, halten Versammlungen ab, treten in Verhandlungen ein, schließen Kompromisse.

Welche Möglichkeit haben wir? Können wir Stadtplanung ist Rhetorik und findet hinter verschlossenen Türen statt. Man

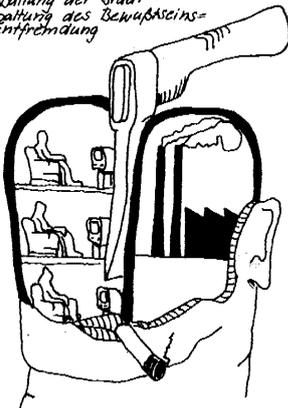
Militanz

ist gar nicht in der Lage ja oder nein zu sagen. Schüler, Studenten, Lehrlinge, Arbeiter haben nur eine Möglichkeit: Die Straße. Unsere Art, politisch aktiv zu werden ist Militanz. Wir werden sie nutzen.

Entfremdung

gesamten Verkehrs in der Stadt ist Berufsverkehr. Dabei spielen die Pendler eine besondere Rolle. 120 000 von 330 000 Arbeitsplätzen in der Stadt Hannover werden von Pendlern bedient - und dies ist nicht ein

Spaltung der Stadt = Spaltung des Bewußtseins = Entfremdung



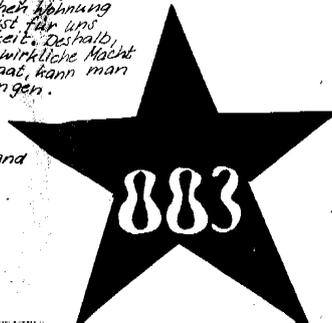
Die ÜSTRA

müssen. Das Zurücklegen der weiten Wege zwischen Wohnung und Arbeitsplatz ist für uns bittere Notwendigkeit. Deshalb, und weil wir keine wirkliche Macht haben in diesem Staat, kann man mit uns so umspringen. Die Beschäftigten und Kaufleute sind dagegen fein heraus. Für sie gibt es das, park and

oder gar nicht!!

Wir fordern:

- kostenlose Beförderung für alle auf Kosten der Unternehmers bei gleichzeitiger Preiskontrolle
- mehr Straßenbahnen, mehr Fahrten
- weniger Straßen, weniger Autos
- verstärkte Anstrengungen beim U-Bahnbau



Rotz-Knast Anmerkungen zum Artikel:

VORBERMERKUNG:

Wir bringen hier einen Artikel der Rotz-Knast, der sich mit dem 883-Artikel anlässlich des plötzlichen Ablebens eines Bullen in Hamburg auseinandersetzt. Als Beitrag zur Diskussion über die RAF, das in der nächsten Nr. ein weiterer folgen wird, wollen wir auf die wichtigsten Punkte eingehen.

Mit einigen Kritikpunkten stimmen wir überein: Die Doppelzüngigkeit der Argumentation, nämlich Beschönigung der Rechtsstaatlichkeit zum Schutz derjenigen, die den praktischen Angriff auf diesen 'Rechtsstaat' gerade versuchen, ist wirklich absurd und falsch. Hier spukt tatsächlich in unseren Köpfen noch die Vorstellung von taktischem Verhalten, wo Bundesgenossenschaft angedacht wäre.

Der zweite Punkt den wir kommentieren

akzeptieren, ist das mit der Demoralisierung in den eigenen Reihen, wenn der Feind allmächtig und in sich widerspruchsvoll aufgebaut wird, ohne dessen Angriffspunkte aufzuzeigen.

Der Artikel hat allerdings einen wichtigen Fehler, auf den wir etwas näher eingehen wollen. Die Frage, ob die RAF den Klassenkampf unterstützt bzw. Teil des Klassenkampfes ist, wird nicht diskutiert, sondern das steht als Voraussetzung fest. Wie wir aber in der RAF-Kritik (883 Nr. 86) entwickelten, kann man davon aber gerade nicht ausgehen.

Nirgends wird konkret eine Verbindung zum bestehenden Klassenkampf gezogen, außer das behauptet wird, 'Selbstorganisation beginnt notwendig als Aktion einer kleinen Minderheit'. Dazu ist zu sagen, daß das die eine Möglichkeit

ist, die andere ist die spontane Organisation während der stattfindenden Klassenkämpfen (Streik etc.), wie sie bei genauerem Hinsehen in allen letzten Kämpfen zu finden sind. Insofern 'gaukeln wir uns nicht kommende Aktionen vor', sondern beziehen uns auf vorhandene Ansätze, die es weiterzuentwickeln gilt. Ansätze allerdings in den Massenkämpfen und nicht bei der RAF. Und hier stellt sich das Verhältnis von Legalität und Illegalität allerdings etwas anders, kann nicht abstrakt aus der Analyse des bürgerlichen Staats gewonnen werden. Es ist klar, daß neben den Massenkämpfen der Arbeiterklasse, wo illegale Aktionen bislang noch ausnahmsweise sind, andere Gruppen militant und illegal den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung aufnehmen müssen und werden. Die politischen Bedingungen für den Grad der Illegalität sind dabei folgende: die

direkte Verbindung zur erfahrenen Unterdrückung; das es ein Kampf um die Durchsetzung der eigenen Interessen ist, die - soweit sie nicht privilegierte Klasseninteressen - proletarisch, auch sozialistischen, sind; und drittens, daß sich die 'Gruppe bewußt ist und diese auch in ihrer Praxis zum Ausdruck kommt, daß sie allein zu keinem noch so ernsthaft gemeinten Schlag gegen das System ausbrechen kann, also auf die Solidarität derer die nicht nicht kämpfen angewiesen ist; den Hochschichtkämpfern muß der Kampf zumindest einleuchten.

Diese Bedingungen treffen auf die RAF nicht zu, die sich selbst als stellvertretend kämpfend begriff und ihre revolutionäre aufrichtigkeit gerade damit beweisen will, daß sie nicht für eigene unmittelbare Interessen kämpft.

»Zentralstaat für das Sicherheits- und Ordnungswesen« 883 Nr. 85

Unsere Propaganda muß auf die Herstellung eines richtigen Bewußtseins über die Rolle des Staates und der Rechtsordnung zielen. Staat und Recht sind ihrem Wesen nach zwangsbewährte Verhältnisse, die die Herrschaft einer Klasse über eine andere aufrechterhalten und garantieren. Die Klasse, deren geschichtlicher Beruf es ist, den Klassen Gegensatz aufzuheben, hat in erster Linie den Staat und die Rechtsordnung der Ausbeuterklasse zu zerstören. Jede Berufung auf das Recht ist daher ein schwerer Fehler!

Recht und Staat sind grundsätzlich Instrumente in den Händen der herrschenden Klassen. Die Rechtsordnung gibt je nach dem konkreten Kräfteverhältnis den unterdrückten Massen gerade soviel Bewegungsmöglichkeit, wie notwendig ist, um Empörung und Rebellion zu vermeiden.

Wenn wir uns in unserer Propaganda auf die Rechtsordnung berufen, verfestigen wir in den Köpfen die falsche, allein den Herrschenden dienliche Vorstellung vom Staat als neutralen Mittler zwischen den Klassen und von der Rechtsordnung als autonome Machtfaktor gegen die Willkür der herrschenden Klassen.

Das heißt nicht, daß wir 'Rechtsbrüche seitens der Staatsgewalt mit einem Achselzucken zur Kenntnis nehmen müssen oder sollen. Es muß uns tatsächlich darum gehen, die vorhandenen Handlungsspielräume zu erhalten und zu erweitern. Das setzt aber ein klares Bewußtsein darüber voraus, inwiefern die Herrschaft der Ausbeuterklassen selbst vom Funktionieren eines durch Verfassungsrecht eingeschränkten Staates und seiner Rechtsordnung abhängt.

Von einem bestimmten Punkt der Entwicklung der Klassenkämpfe an ist die Erhaltung der Herrschaft dadurch bedingt, daß es gelingt, in den Massen die Illusion einer demokratischen Rechtsordnung und eines neutralen Staates entstehen zu lassen, um so den Verzicht der Massen auf revolutionäre Notwehr und Selbsthilfe zu bewirken. Je mehr wir es durch unsere Praxis und unsere Propaganda fertigbringen, diese Illusion abzubauen und den Verzicht auf Gegengewalt zurückzunehmen, desto größer

In dieser Argumentation steht alles auf dem Kopf. Für sie existiert der neutrale Staat wirklich. Für sie gibt es die proletarische Rechtsordnung tatsächlich. Für die revolutionäre Propaganda aber kann es sich einzig und allein darum handeln, bewußt zu machen, daß die 'Übergänge', die 'Fehlentwicklungen', die 'Abweichungen' und die 'Verbotssensungsbedürftigkeit' der 'Freiheitlich-demokratischen' des Wesens des Staates und der Rechtsordnung, die Neutralität und Verfassungsmäßigkeit der öffentlichen Gewalt dagegen nur Fassade sind; der betrügerische Kompromiß, der es dem Klassenfeind erlaubt, uns das Fell über die Ohren zu ziehen. Wenn wir selbst so tun, als gäbe es im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, als könne man sich auf sie gegen die Gewaltakte der Macht berufen, so werden auch die Massen im entscheidenden Moment nach den Gerichten und der Verfassung rufen, anstatt den notwendigen Widerstand zu organisieren.

Eine solche Propaganda wäre der schlimmste Rekurs auf die Elterninstanz, der ein selbständiges und eigenverantwortliches Handeln verhindert.

In unseren Reihen findet man in dieser Frage häufig ein 'taktisches Augen-zwinkern'. Man macht geltend, die Rolle des Staates und des Rechts sehr wohl begriffen zu haben, gleichwohl die Illusion in den Massen vorhandene Illusion benutzen zu sollen, um auf ihrer Grundlage Empörung als Voraussetzung und ersten Schritt der Bewußtseinsbildung zu erzeugen. Wer so denkt, gibt sich keine Rechenschaft über die Zusammenhänge von Illusion-Empörung und Bewußtsein; der weiß nicht, daß Empörung stets eine bestimmte Richtung hat und wir nicht die falsche wählen dürfen. Es gibt die Empörung, die sich gegen die Rechtsverletzung durch die Macht wendet, also gerade auf die Durchsetzung und Bewahrung der Rechtsordnung zielt. Die eine Empörung bleibt notwendig bewußtlos über die Funktion des Rechts und des Staates. Ja, sie wendet sich gegen die revolutionäre Klasse selbst mit dem Anspruch, die Rechtsordnung und den Staat 'an sich' zu achten, also nicht in Frage zu stellen. Was besseres können sich die Herrschenden gar nicht wünschen. Qualitative andere ist die Empörung, die sich nicht an eine einzelne Normverletzung verliert, sondern sich gegen die in der Rechtsordnung realisierte Unterdrückung selbst wendet. Allein sie führt über den bürgerlichen Staat und seine Verfassung hinaus zu einem revolutionären Bewußtsein.

1. Schnitt: Zerstörung des Staates!

In dieser scheinbar so unwichtigen Frage steckt das ganze Problem der Diktatur in der Klasse. Die eine und allein in diesem Punkt gabell sich der Weg in die revisionistisch-reformistische Sackgasse einerseits und in die Richtung der revolutionären, der wirklichen Zerschlagung des Staates und der bürgerlichen Rechtsordnung als erste und wichtigste Voraussetzung für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft andererseits.

Die 'Übergänge' der Macht muß in dieser grundsätzlichen Weise dargestellt werden.

In dem Artikel über den 'Zentralstaat' habt ihr genau die entgegengesetzte Richtung eingeschlagen. Da wird am Ruhnau die reichlich alberne Frage gestellt, ob er sich an bestimmte, selbst heraufene here Grundzüge der Rechtsstaatlichkeit halten wolle, anstatt

Faksimilierter Artikel:

Die Behauptung, dass die Zwecke der Polizei nicht die Bekämpfung des Verbrechens, sondern die Aufrechterhaltung der Ordnung sind, ist eine alte und bekannte Fiktion. Die Polizei ist in erster Linie ein Instrument der Herrschaft. Sie soll die Klasseninteressen der Herrschenden durchzusetzen und die Unterdrückten zu kontrollieren. Die 'Rechtsstaatlichkeit' ist nur eine Fiktion, um die Massen zu täuschen und sie von der Revolution abzuhalten.

Diese Notstandsmaßnahmen sollen der Bevölkerung zeigen, dass die Revolution nicht vorwärts zu gehen hat. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Freitag vor 14 Tagen wurde in Hamburg ein Polizeioffizier von Unbekanntem erschossen. Die Polizei hat die Ermordung als 'Mord' bezeichnet und die Täter als 'Unbekannt' bezeichnet. Die Polizei hat die Ermordung als 'Mord' bezeichnet und die Täter als 'Unbekannt' bezeichnet.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Angesichts der dürftigen Beweise ist eine Fortsetzung der Mord-Propaganda nicht mehr vertretbar. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

darzulegen, daß es auf keinen subjektiven Willen gar nicht ankommt, daß er das gar nicht wollen kann, gar nicht wollen darf, und wenn er es dennoch will, er dann längere Zeit in den Gefängnissen sitzen muß (vgl. affäre Klug).

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.

Die Ermordung des Polizeioffiziers ist ein Beweis für die Brutalität der Herrschaft. Die Polizei soll die Arbeiterklasse von den Revolutionären trennen und sie in die Falle einer selbständigen Klassenaktion locken.



»DEN BULLEN, DER UNS LAUFEN LÄSST, LASSEN WIR AUCH LAUFEN!«

Sere Anstrengungen müssen unsere Feinde unternehmen, diesen Illusionen vorerst wieder aufzuholen, oder offen die Rolle des Staates und des Rechts als Unterdrückungsinstrumente der Ausbeuter einzusetzen, was dann allerdings den Klassen Gegensatz auch bei den Massen in einer neuen Qualität zum Bewußtsein bringt. Die Revolution gerät in tödliche Gefahr, wenn sie sich auf das Geschwätz der Liberalen einläßt, die da zwischen der 'Staatsverfassung an sich' und der 'Rechtsordnung an sich' einerseits, und übergreifen und Fehlentwicklungen, Abweichungen, Verbotssensungsbedürftigkeit usw. andererseits unterscheiden, und das Hall der Welt in der Korrektur der Abweichungen suchen.

Fortsetzung: S. 8

PRESSE-ERKLÄRUNG

Berliner GI-Gruppe 'FORWARD'

In zunehmendem Maße häufen sich die Fälle, bei denen die US-Armee in Europa gezwungen ist, einzustechen, daß sie nicht in der Lage ist, den Rassenkonflikten in der Truppe Herr zu werden. In Berlin wurden im vergangenen Sommer die schwarzen Soldaten Samuel Robertson und Ronald Bolden freigesprochen, obwohl sie mehrere Monate die Armee verlassen hatten, weil sie, wie ihr Anwalt Stanley Faulkner nachweisen konnte, unter den rassistischen Verhältnissen in der Armee um ihr Leben fürchten mußten, nachdem schwarze Soldaten in Berlin auf rätselhafteste Weise "verstarben". Sogar das US-Militärgericht mußte ihre Fluchtaktion akzeptieren.

Im vergangenen Herbst haben in Darmstadt 23 schwarze Soldaten gegen die rassistische Diskriminierung demonstriert, die sie in der US-Armee ertragen mußten. Erst nachdem sie zivile Anwälte gefunden hatten und sich andere Soldaten mit ihnen solidarisierten, ließ die US-Armee ihre Anklage gegen sie fallen, verzichtete aber nicht auf eine Quasi-Strafe in Form einer Versetzung aller beteiligten.

Am 28. Dezember stellte sich der schwarze US-Soldat Frank J. Francis der Militärjustiz in Berlin, nachdem er 10 Monate lang von seiner Truppe ferngeblieben war, ebenso weil er die rassistische Diskriminierung nicht mehr ertragen konnte und wollte.

Francis, der 22 Monate in Vietnam gedient hatte, von Unbekannten in Dallas, Texas, während einer Dienstreise lebensgefährlich angeschossen wurde, widerrechtlich nach Europa kommandiert wurde, der sich bei der Armee weiterverpflichten mußte, nachdem ihm die amtliche Arbeitsbeschaffungsbehörde nach seiner "ehrenvollen Entlassung" nur Putzarbeit anbieten konnte, hat noch viele außergewöhnliche Repressionen ertragen müssen, bevor er sich dem Militärapparat entzog. Er hat schon während seiner Dienstzeit eine klare politische Position

für die Unterdrückten in allen gesellschaftlichen Bereichen bezogen und diese offen vertreten. Konsequenterweise stellt er sich dem Militärgericht, um die rassistischen Verhältnisse in der US-Armee an die Öffentlichkeit zu bringen, und, zurück in seiner Einheit, den Kampf dagegen aufzunehmen.

In dem kommenden Prozeß vom 15. bis 17. Februar 1972 wird sein Rechtsanwalt Stanley Faulkner aus New York ihn in einem politischen Prozeß verteidigen, der die gesellschaftlichen Hintergründe des US-Rassismus darlegen wird. Aus politischem Engagement übernimmt Faulkner die Verteidigung honorarfrei, kann jedoch nicht auf die Erstattung der Unkosten für Flüge und Aufenthalt verzichten. Deshalb bitten wir um Spenden auf das Post-scheckkonto Berlin West 20745, David Harris, Buchverlag.

AUFRUF ZUR SOLIDARITÄTSKUNDGEBUNG

an alle fortschrittlichen und antirassistischen Kräfte in Berlin:

Der Kampf gegen den Militärapparat des Imperialismus erfordert die Entlarvung und Zerschlagung des Hauptinstruments zur Unterdrückung von Klassenbewusstsein in der Truppe: des Rassismus! Deshalb rufen wir auf zu einer Solidaritätskundgebung für Frank J. Francis und alle vom Rassismus der US-Armee Verfolgten.

Die Kundgebung findet statt am Montag, den 14. Febr. 72 um 11:30 U. Vor dem US Hauptquartier in Dahlem, Clayallee/Saargominder Str. (U-Bahn Oskar-Helene-Platz), unter den Parolen:

**FREEDOM FOR FRANCIS!
STOP RACISM IN THE ARMY! WE WANT AN OPEN TRIAL! LET ALL MEN'S SEE THE TRIAL! FREEDOM FOR ALL POLITICAL PRISONERS!**

sie sich jeden schwarzen Soldaten, der ihr geeignet schien, um jemanden zu finden, der eine Schuld zugeben würde. Ein schwarzer Obergefreiter erzählte uns, daß er und zwei Freunde vom CID (geheime Militär-Kripo) zum Verhör gezerzt wurden wegen Verdachts auf Verschwörung und Mord. Zu ihrem Glück konnten sie beweisen, daß sie sich nirgends in der Nähe vom White Horse aufgehalten hatten. Bei seinen systematischen Verhören und Einschüchterungsversuchen stieß der CID schließlich auf den Hauptgefreiten Curtis Barrois, der zugegab, Poe dreimal gestochen zu haben. Die Armee machte einen großen Satz und Barrois fand sich im Militärknast wieder mit einer Mordanklage und Aussicht auf 20 Jahre. 20 Jahre im Armeegefangnis ist eine lange Zeit und Barrois war nicht willig, sich der Anklage schuldig zu befinden. Da die Armee aber keinen einzigen Beweis in der Hand hatte, begann sie zu schachern. Hierin kommt Lewis, der Armeeverteidigungsanwalt mit Märcchen über die gnadenvolle Armee und ist bereit, mit Barrois einen "vorsätzlichen Todschatz" = 5 Jahre, zu vereinbaren. Nun sind 5 Jahre immer noch eine ziemlich lange Zeit, für etwas, das niemand beweisen kann. Barrois hatte immer noch seinen Verstand beisammen trotz der gesalbten Reden der Offiziere, die ihn unter Druck setzen sollten. In der Verzweiflung, einen Schlichtigen zu finden, irgendeinen, bot die Armee Barrois 3 Jahre für "fahrlässige Tötung" an. So wurde:

dann auch die Untersuchungsverhandlung arrangiert - drei Jahre Gefängnis und Entlassung wegen schlechter Führung. So operiert das reiche Kapitalistensystem für seine Arbeiter: Solange schuldig, bis die Unschuldigkeit bewiesen ist.

Trotz all dieser Tatsachen, in denen sich die herrschende Klasse des Rassismus bedient, wird sie sehr unruhig, wenn der Rassismus in der Armee außer Kontrolle gerät, weil er die Effektivität der Armee in der Unterdrückung der Leute zuhause und auswärts behindern könnte. Was sie aber noch unruhiger macht, ist die Angst vor der Macht des Volkes, wenn sie sich gegen ihren Unterdrücker wendet. Wo es doch die arbeitenden Männer und Frauen sind, die alle Güter produzieren und die die Armee bilden, wozu wäre dann noch die regulierende Klasse gut, wenn wir beschließen, welche Güter produziert werden, um unserem Bedarf zu entsprechen und welche Interessen die Armee schützen soll? Wir nehmen es diesen gesalbt und pompös quasselnden Führern unserer "demokratischen" Staates ab, daß sie den Rassismus vorziehen. Innerhalb der Armee darf der Streit nicht auf einem Niveau von Schwarz oder Weiß ausgetragen werden. Nur wenn wir zusammenhalten, können wir uns effektiv gegen den Barras durchsetzen, in solchen Fällen wie seine pervertierten Entscheidungen in Sachen Booth und Barrois.

ALL POWER TO THE PEOPLE !



GESPRÄCH MIT DEM GENOSSEN FRANCIS

Die Armee



Seite 9 kommt über die Runden...

Wie wir alle wissen, machen sich Armee und US-Regierung einen Drecks aus dem Leben und den Rechten des kleinen Soldaten. Der Grund liegt darin, daß die Armee nicht von amerikanischen Volk zur Rechenschaft gezogen worden ist. Die Armee ist aber sehr besorgt, ihre Soldaten unter Kontrolle zu halten, um sie zu benutzen für Kriege ökonomischer Imperialismus, oder gegen ihr eigenes Volk - um Streiks, Revolten, Demonstrationen und alle anderen derart "unpatriotischen" Ausdrücke des "wirklichen Willens der Massen zu bekämpfen. Die Armee dient diesen Funktionen, weil sie von und für (aber nicht mit persönlicher Beteiligung) der herrschenden Kapitalistenklasse gewonnen wird. Doch die Armee fürchtet um ihren guten Ruf. Sie muß sich die Getreuen zu Hause und in Übersee bei Laune halten, die noch an die amerikanische Demokratie glauben.

Rassismus wurde von der herrschenden Klasse entwickelt, um die Leute zu spalten und zu beherrschen, die sie braucht, um ihre Profite zu erzielen. In den USA ist der Rassismus immer gepflegt worden, um arme Schwarze und Weiße von einer Vereinigung gegen ihren gemeinsamen Unterdrücker abzuhalten.

Als also ein Schwarzer GI vor anderthalb Jahren mit zerstörtem Gesicht und Stichwunden tot im Tel-towkanal gefunden wurde - offensichtlich ein Ergebnis der armeer-eigenen GI gegen GI-Politik - hat man seine schwarze Leiche schnell in die Staaten verschifft, um ihn zu verscharren, fast ohne eine Untersuchung. Gerichte wurden verbreitet, daß "der düsellige Nigger besoffen war und in den Kanal gefallen ist". Soweit ist die Armee gut über die Runden gekommen.

Als der weiße Soldat William Kenneth Booth sich mit seinem Gewehr in den Kopf schoß, weil er seine depressive Existenz in der Berliner US-Brikade nicht mehr ertragen konnte, reagierte die Armee, indem sie angestrengt versuchte, seinen Tod jemandem anders anzuhängen. Gut über die Runden gekommen.

Als neulich am 12. November im "White Horse" ein Streit ausbrach, gingen die Lichter aus. Als sie wieder angehen, lag der Unteroffizier Poe sterbend mit 16 Stichwunden am Boden und sein Kummel mit halb so vielen. Poe starb in der selben Nacht und die Armee sah zu, wie sie über die Runden kam: Da Poe Weißer war, schnappte

Frage: Warum hast du vor zehn Monaten deine Einheit verlassen ?

Francis: Weil mir meine demokratischen Grundrechte und Menschenrechte verweigert wurden. Weil ich gezwungen wurde, meine Lebensrechte und meine Kultur aufzugeben, und in der U.S. Armee rassistische und religiöse Unterdrückung zu erdulden.

Frage: Welche Verhältnisse findest Du am schlechtesten in der Armee ?

Francis: Das Verhalten der Offiziere, dummer Unteroffiziere und anderer Soldaten gegenüber den schwarzen Soldaten. Man hat uns pausenlos einbläuen wollen, "Wir ziehen alle an selbigen Strick", und genau diejenigen, die diesen Kohl verzapft haben, liefen in der Gegend umher und riefen "Nigger" und "Nigger" wenn sie nach und riefen. Das gelangt ihnen, weil sie sind, wie sie sind. Man hat mich pausenlos dadurch schikanieren, daß man mich zu irgendwelchen Arbeiten abkommandierte, für die ich keine Ausbildung hatte, das hat viel Ärger gebracht und hätte mich beinahe das Leben gekostet.

Frage: Haben nicht Dein Sonderoffizier für die Gleichberechtigung (equal opportunities officer) oder der Berater für menschliche Beziehungen (human relations counselor) irgendwelche Verbesserungen bewirken können, oder haben die Sonne tagetreffen mit General Hayward zu nichts geführt ?

Francis: Überhaupt nichts. Diese Treffen wurden nur als eine Art Tuschelmannöver eingerichtet, denn jedesmal wenn jemand da tatsächlich auftrat, um irgendwelche konkreten Beschwerden gegen Schikane in

den Kompanien vorzuliegen, bekamen wir Antworten wie "Gut, wir werden prüfen, was daran ist, und dann hat man gar nichts mehr von der ganzen Sache gehört, so sei denn man geht noch mal und noch mal dahin, und dann wirst du einfach als Unruhestifter gebrandmarkt oder so was. Und die Sonntagstreffen bei General Hayward war nur ein Spiel, um unseren Standpunkt zu befriedigen. Wir sind zu ihm gegangen, weil er auch in dem Krawall vom 20. August verwickelt war, um von ihm als Oberbefehlshaber zu fordern, daß er: (1) eine Ermittlung über die Hintergründe des tot im Tel-towkanal aufgefundenen Bruders einleite; (2) Anklage erhebt gegen den weißen Soldaten wegen

Diskriminierung von Schwarzen, weil er und am 20. August "Nigger" genannt hat; (3) die Ermittlungen in den Krawall vom 20. August wieder aufnimmt; (4) Anklage gegen sich, Oberst Spell, Hauptmann Taylor und andere erhebt wegen ihrer Teilnahme am Krawall, wie er uns geschehen ist. Man hat uns in allen Punkten und Forderungen abgewimmelt.

Frage: Du sprichst vom 20. August. Kannst Du mal kurz erwähnen, was vorgefallen ist und wie es zu Deiner Verhaftung gekommen ist ?

Francis: Am 20. August liefen ich und ein anderer Bruder aus meiner Kompanie die Straße auf dem Kasernengelände hinunter, da sahen wir zwei Menschen. Einer lag auf dem Straßengraben, der andere auf dem Boden. Der Mann in der Straße war von einigen Menschen umgeben, da liefen wir auf den Boden, um den anderen Menschen zu Hilfe zu kommen. Gerade als wir ahnhaft haben

FORTSETZUNG S. 10

wir wollen raus!

Fortsetzung der Geschichte eines schwarzen GI's

(von Seite 9)

wollten, trafen die Militärkriminalpolizei und die Militärpolizei am Orte ein und drängten uns weg. In diesem Augenblick, fing der Mann an, uns "Nigger" zu nennen, und wir wollten wissen - warum. Denn wir wollten nur helfen. Der Kräftebeamte, Johnson, hieß er, glaube ich, sprach auf den Bailey, der Kumpel der mit mir zusammen war, gerade als er über die Straße laufen wollte. Dann nahmen sie den Bailey und mich fest, weil wir gefordert hatten, daß man Anzeige gegen den Mann wegen diskriminierendes Verhalten erstattet. Wir wiederholten unsere Forderungen und die Brüder liefen auf die Straße, um zu sehen, was geschied. Außerdem waren eine ganze Menge weißer Soldaten in den Straßen, die auch neugierig waren. Oberfeldwebel Donnel und ein weißer Kompaniefeldwebel kamen in seiner Aute heran. Oberfeldwebel Donnel redete mit den versammelten Brüdern. Dann kamen Hauptmann Taylor und Oberleutnant Hood, die dann sofort nach IRF und MP (Interne Kontrolleneinheiten und Militärpolizei) Verstärkung riefen, um die Brüder anzugreifen. Dabei wußten sie nicht einmal, was vorgefallen war, noch was sich gerade abspielte. General Hayward, Oberst Shell, Oberstleutnant Parmeter und Oberst Acosta trafen dann einzeln ein und mischten sich gleich unter die versammelten Brüder, griffen nach ihnen, und ließen allerlei Sprüche los. Oberst Shell insbesondere rief pausenlos "Nun, Junge, wir wissen doch alle um



gerichtliche Verurteilungen. Außerdem hatte unsere Einheit die längste Liste von Soldaten, hauptsächlich schwarze Soldaten, die ins Militärgefängnis kamen.

RASSISTISCHER TERROR

Die Leute wurden auf jede mögliche Weise schikaniert. Ein Bruder aus meiner Kompanie wurde ins Militärgefängnis gesteckt, abgeurteilt und unschuldig aus der Armee entlassen, weil er einen weißen Unteroffizier gestochen hatte. Und ungefähr zur gleichen Zeit schlug ein weißer Soldat in unserer Kompanie einen anderen weißen Soldaten, wobei er ihn fast erblindete, und bis heute ist nichts gegen ihn unternommen worden. Unglücklicherweise dieser Zeit bekamen wir Befehl, von Battalion zu gehen, auf jeden Fall, er sollte ein weißer Unteroffizier aus unserer Kompanie, daß in der ganzen Einheit (4/18) nicht mehr als drei Schwarze an einem Ort versammelt durften. Um mir was klarzumachen, während ich im Militärgefängnis war, rief der Polizeifeldwebel von Gefängnis meinen Kompaniefeldwebel an und erzählte ihm, daß ich Drilllich und einige anderen Sachen brüchelte, die einzige Antwort, die dieser Feldwebel Craig bekam, war: "Schieß auf Francis" und ich mußte mehrere auf diese Sachen in Gefängnis einfach warten. Außer diesem Druck hatten einige von uns finanzielle und persönliche Probleme, aber man verweigerte uns das Recht, diese Probleme zu lösen. Gleichzeitig schickte uns die Armee in Pflichtstunden, wo Offiziere von der Rechtsbranche uns über die Strafen aufklärten, die Soldaten bevorstehen, die ihre derzeitigen Probleme nicht regeln.

Frage: Nachdem Du mehr als vier Jahre in der US Armee einschließlich 23 Monate in Vietnam gedient hast, mehrfach ausgezeichnet wurdest, und schließlich ehrenhaft aus der Truppe entlassen wurdest, warum hast Du Dich wieder zur Truppe gemeldet?
Francis: "Als ich 1969 aus der Armee entlassen wurde, hatte ich wegen einer zerrütteten Ehe und anderer Verpflichtungen meiner Familie gegenüber eine Menge Schulden. Unmittelbar nach der Entlassung ging ich auf Arbeitssuche, um alle meine Probleme in Ordnung zu bringen. Man hatte mir in der Armee vor meiner Entlassung erzählt, daß wir Arbeiten bekommen sollten, die dem Militärdienst entsprechen, und daß die Regierung der Privatwirtschaft die Auflage gemacht hatte, uns Arbeit zu geben. Ich ging also zur TFA (Texas Arbeitsbeschaffungsgesellschaft), die von der Regierung betrieben wird. Ich ging hin zusammen mit

AUF ARBEITSSUCHE

einem weißen Soldaten, der auch mit mir in Vietnam gewesen war und am selben Tag entlassen wurde. Wir reisten zusammen nach Texas. Gemeinsam füllten wir die Formulare aus und gingen dann zu einer Besprechung mit einem Mann, der uns Stellen vermitteln sollte. Der Weiße bekam eine Arbeit bei einer Bank und mir bot man die Gelegenheit als Teilwächcher für ein Stadtklosett oder als Polizist zu arbeiten. Ich erzählte den Leuten, man habe uns beim Militär gesagt, wir sollen arbeiten bekommen, die unserer Militärarbeit gleichkämen. Dann erzählten wir ihm, daß meine Arbeitsstelle auf 7/20 lautete, nämlich Personalfachmann, und daß mein weißer Freund auf 11/20 lautete, nämlich Infanteriesoldat, und daß ich weiterhin weder Teilwächcher noch Polizist sein wollte, denn ich hatte es satt, Menschen zu unterdrücken, daß die Polizei nichts anderes tat, als Menschen unterdrücken, wie die Armee das Volk in Vietnam. Ich wollte die Arbeit von dem Weißen arbeiten, aber ich wollte in einer Stelle arbeiten, wofür ich ausgebildet wurde und gut genug begriff, um die Arbeit gut zu leisten. Er erzählte mir, sie hätten keine weiteren Verwaltungstellen; wir prüften nach und stellten fest, daß dieser Mann noch am selben Tag noch zwei oder drei solche Jobs vermittelt hatte. Ich ging auch zu einer anderen Arbeitsvermittlung, aber da konnte ich auch keine Arbeit finden, die ich machen wollte oder könnte. Drei Monate vergingen und ich war gezwungen, mich wieder freiwillig zu melden, um meine Familie zu unterstützen und meine anderen Verpflichtungen ihr gegenüber zu erfüllen.
Frage: Du hast in Vietnam gekämpft. Gab's dort auch Rassendiskriminierung?

Schwarze von solchen Organisationen wie der KuKluxKlan und der White Citizens' Council (Der Weiße Bürger, extremen anti-schwarze, rassistischen Organisationen verfolgt wurden und verfolgt sind. Diese Menschen benutzen die Fahne der Südstaaten als ihr Symbol ihrer Treue gegenüber dem rassistischen Süden und all seiner anti-schwarzen, rassistischen Politik. In Vietnam hat das Heesen dieser Fahne zu erheblichen Spannungen zwischen weißen und schwarzen Soldaten geführt. Einmal traten sie sich bewaffnet gegenüber und viele Menschen wurden verletzt. So wurde die Fahne der Südstaaten von der ganzen Armee verbannt, sowohl das Heesen der Fahne als auch ihr Gebrauch als Symbol. In meiner Kompanie hier in Berlin, und auch in anderen Kompanien hier, wird die Fahne der Südstaaten von Offizieren aus dem Süden ausgelassen. In seiner Eitelkeit gab es vier von ihnen auf einmal. Wir haben immer wieder Beschwerden eingelegt beim Kompanieoffizier und beim Battalionsoffizier, weil uns diese Fahnen nur ein bedeuten - nämlich die Existenz von irgendwelchen Organisationen und Symbolen rassistischer Organisationen.

Er unternahm nicht das geringste, sie entfernen zu lassen. Daraufhin machten wir Aufnahmen von diesen Fahnen, wie sie in unserer Einheit und den Fenstern gehängt wurden, dem Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium für Rassenangelegenheiten, vor, und führten sie Mitgliedern seines Ermittlungsausschusses in unserer Einheit vor Augen. Sie taten nichts, die Fahnen blieben wo sie waren.
Frage: Kennst Du weiße Soldaten, die sich mit den unterdrückten schwarzen Soldaten solidarisieren?
Francis: Ja, ich kenne weiße Soldaten, die sich mit unterdrückten Schwarzen solidarisiert haben. Sie haben uns viel geholfen. Wir wußten, wann etwas gegen uns unternommen werden sollte, weil sie es immer zuerst wußten. Aber diejenigen, die einen Schritt weiterzugehen, den Kampf mit uns aufzunehmen gegen die täglichen Schikanen und die Tyrannei, die wir wurden von den Offizieren heftig angegriffen. Sie wurden nämlich wie Schwarze eingestuft, und mußten besondere Arbeiten wie Küchen- und Putzarbeiten ableisten, wie die Schwarzen schlecht alle für die Schwarzen vorgesehene Sonderkommandos ableisten.

WEG VON DER ARMEE

Frage: Welche besonderen Vorfälle haben dich schließlich dazu gebracht, den Entschluß zu fassen, deine Einheit zu verlassen?
Francis: Zusätzlich zu allem, was ich oben erwähnt habe, kam hinzu, daß meine medizinische Behandlung völlig verschlampt wurde. Außerdem wurden mir zahlreiche andere Rechte verweigert. Als ich in Dallas, Texas stationiert war, wurde ich auf einer Dienstreise am Kopf durch Heckenschützen angeschossen, was in der Gegend nicht selten ist, wenn ein Schwarzer bist. Die ersten drei Krankenhaus "waren nicht in der Lage" mir zu helfen. Nachdem ich schließlich operiert wurde, setzte man mich auf Morphium, spätes auf Kodein. Seit dieser Zeit wurde ich nicht weiter behandelt, ob-

FORTSETZUNG S. 8

Frage: Ich war 23 Monate in Vietnam. Ja, es gab Rassendiskriminierung in Vietnam, aber es war nicht halb so schlimm wie hier, weil jeder da seine Knarre hatte, jeder wirkliche Rassiat hätte sein Fett abbekommen, das wußten sie, also mußten sie vorsichtig sein. Das gewöhnliche rassistische Verhalten in bezug auf Arbeitseinteilung, Beförderungen, Schikanen wie Harassment gab es fort wie überall, und besonders gegen die Schwarzen.
Frage: Hast Du Erfahrungen mit dem KuKluxKlan oder anderen rassistischen Gruppen gemacht?
Francis: Wenn man den Süden kennt, ich meine, wo der Hauptteil der schwarzen Bevölkerung lebt, dann weiß man, daß überall im Süden

gleichen Strich." Junge, höre mir zu, wir sind doch alle miteinander in dieser Organisation! Benutze immer das Wort "Junge", als Anrede für das, was er sagen wollte. Das hat uns alle noch rasender gemacht. Denn es hat damit angefangen, daß ein weißer und "Nigger" genannt hatte und dann fing auch dieser Oberst (Führer) mir seinen "Junge" an. Nachdem vier oder fünf Brüder von der IRF und den MPs verwundet oder verletzt wurden, und die Armee das, was sie später einen Krawall nannten, mit CS Gas und geladenen Gewehren unterdrückt hatten, sagten uns Oberst Shell und einige andere Offiziere, die aus den Kasernen und auf dem Gelände herumkamen, wir sollten unsere Häuser holen und die Kasernen verlassen. Am nächsten Morgen beim Appell, holte man mich aus den Reihen, und zusammen mit vier anderen Brüdern aus der Hauptquartierkompanie verhaftet. Man steckte uns ins Gefängnis, abgeurteilt, sonst geschah gegen irgendjemanden weiter nicht das Geringste in bezug auf etwaige Beleidigungen an sogenannten Krawall. General Seignious, der Oberkommandant in Berlin, der nicht vorhanden gewesen war, noch sonst irgendwelche Kenntnis von den sogenannten "Krawallen" hatte, schrieb einen langen Aufsatz in der "Soldaten-Zeitung" "Stars and Stripes", in dem er unsere Forderung nach unseren Rechten in einem gewalttätigen Krawall verwandelte. Dabei fand die einseitige Gewalttätigkeit seitens der Militärpolizei und deren Befehlshaber statt, die uns in die Fete trieben und dann ausschlugen.

Frage: Deine Kameraden Donald Bolden und Samuel Robertson wurden freigesprochen, nachdem sie sich 6 Monate lang von der Truppe entfernt hatten, weil die Armee zugeben mußte, daß sie unter außergewöhnlicher rassistischer Unterdrückung gelitten hatten. Glaubst Du, daß die Verhältnisse in Deiner Einheit mit ihrer Lage vergleichbar sind?
Francis: Bolden, Robertson, Marshall und ich und alle anderen schwarzen Soldaten in Berlin sind Opfer rassistischer Unterdrückung seitens der Armee. In allen Einheiten leiden Schwarze unter dem täglichen Druck und den täglichen Schikanen, aber wir in der 4/18 waren die einzigen, die den Ereignissen des 20. August zum Opfer gefallen waren, was noch auf unseren Schultern lastete, und zwar wegen der unaufrichtigen Prätensionen an unsere militä-



FRANK FRANCIS KOMMT NACH 10-MONATIGER ABWESENHEIT ZUR BERLIN BRIGADE ZURÜCK. RECHTS NEBEN IHM SEIN ANWALT STANLEY FAULKNER.

TIFFANY IST ALLES! QUATERSH-BUDE, BIERKNEIPE+PIZZERIA WARM UND GEMÜTLICH, FÜR JEDEN ETWAS UND BILLIG: GROSSE PIZZA DM 2,90, GR.BIER DM 1,20, SHGRITA mit FRÜCHTEN DM 1,50 TISSY'S IST ALLES MOTZSTR.60 in SCHÖNEBERG

Fortsetzung ROTZKNAST- A. von S. 8

Der Feind hat aufgrund jahrhundertelanger Erfahrung ausnahmslos alle Kampfmethoden erprobt, die seine Herrschaft ernstlich gefährden. Wer ihn also allein mit konventionellen Methoden angeht, hat die Garantie dafür, seine Kräfte nutzlos zu vergeuden. Er spielt darüber hinaus auch noch für die Herrschenden den nützlichen Idioten, weil er andere desorientiert und deren Kräfte bindet. Wer nicht von vornherein bewußt in der Illegalität verankert ist, wird gebannt auf jene Stelle starren, wo er von der Legalität in die Illegalität müde und es im entscheidenden Moment dann doch nicht tut. Nicht die Notwendigkeiten des Kampfes bestimmen dann die Entscheidung, sondern die bange Frage, ob man wagt oder nicht. Die Legalität wird so unweigerlich zum Feind.

Fortsetzung von "Was wir brauchen müssen wir uns nehmen" S. 5

er nachhaft arbe itenden Genossen und dem Klipperhaufen unheimlich zu. Die Trebegruppe versorg sich in die obere etage des Hauses und die finsternen Typen bannnen sich dann genauso, wie es die übrigen Hausbesitzer (entsprechend ihren Verurteilen) erwarteten. Die Typen, die eigentlich mal Probearbeit machen wollten, rannten nur noch bekifft und ausgeflippt durch die Gegend, machten den größten Scheiß (Klappen aufhören hen usw.) und erzählten die absurdesten Schauerreden über ihre so hübe Stadtgerilla-Zukunft und was weiß der Henker noch alles. Die SH ist zwar der Meinung, daß die RAF ein Bestandteil der sozialistischen Bewegung ist und zur SH gehört es auch de n Kampf der RAF verbal zu vermitteln. Die SH ist aber keine Gruppe zur Vorbereitung der Stadtgerilla, macht auch keine und kämpft entschieden gegen Klipper die solch eine Scheiße behaupten. Die Leute im Rauchhaus (Wiener Str. + Jugendzentrum) sind sowieso entschlossene Gegner des bewaffneten Kampfes zu diesem Zeitpunkt und damit auch Gegner der RAF. (A m m. : So'n So Nachwuchs) Die Trebegruppe wurde -zu recht- mit der SH identifiziert und die gesamte SH aus dem besetzten Haus geworfen. Auch das geplante Büro für Beratung Knast-entlassener konnte so nicht mehr eröffnet werden. Die SH Berlin ist in der Lage, die Konsequenzen aus dieser Entwicklung zu ziehen. Sie wird die Klipper ausschließen und in Zukunft vorantreiben mit neuen Leuten vorfa hren. Die Gruppe ist schwer angeschlagen die Arbeit aber wird weitergehen!

Die SH sucht Bewußt, die echten Interessen aus der politischen Arbeit (Knastarbeit- SH: Stattearbeit) haben. PLENUM DER SH: Samstag 14.00 im Sozialistischen Zentrum (Stephanstr. 60)

CHUAN
TEE OF GESCHMACK
40 SORTEN TEE

70 GR. JASMIN	3,00
100 GR. PURE CHINA	3,00
100 GR. CEYLON	3,50
100 GR. LAPSANG SOUCHONG	3,75
125 GR. ROSEN TEE	4,50
RAUCHERSTÄBCHEN/TASCHEN	
PEFFEN/FLOTEN/LAMPION	
HEMDEN/KLEIDER...UND...UND...	

WILMAS PFALZBURGER STR. 11
40-FR 15 48 50 SA 40 15

Nach ein weiterer Aspekt des Artikels ist zu beleuchten. Ihr laßt da einen gigantischen Polizeiparapparat aufmarschieren. Die Staatsgewalt erscheint in schierer Unüberwindlichkeit. Die RAF - von euch in trauriger Übereinstimmung mit der bürgerlichen Propaganda personalisierend als "Baader-Meinhof-Gruppe" bezeichnet - erscheint darin nur als willkommener Manöverfeind. Nichts - keine Silbe von der Ohnmacht der Macht, von der Möglichkeit, den Apparat zu unterlaufen, davon, daß die Ständig ins Leere stotternde Machtdemonstration selbst schon die Negation der Macht enthält, weil sie deren Überwindbarkeit konkret ahnen läßt. Ihr laßt nicht nur die Möglichkeit aus, diese Dialektik der Macht aufzuzeigen. Ihr wendet euch auch gegen euch selbst. Den Feind übermächtig zeichnen und seine Schwächen verschweigen, heißt die eigenen Reihen demoralisieren. Wir müssen beizeiten begreifen, daß sich die Revolution nur entwickeln kann, wenn sich durch die Entschlossenheit der Revolutionäre die "Furcht vor den Herren", die die Massen beherrscht, in die "Furcht der Herren" wandelt, die so und nicht anders zu Papiertigern werden.

Seine Formulierungen erwecken den Eindruck, als wölltet ihr euch der These anschließen, daß der entschlossene Anfang einer kleinen Minderheit allein den Faschisten in die Hände spielt. Ihr gaukelt euch da kommende Aktionen von Arbeitern, "Schülern und Studenten vor, die ihr in Gegensatz zur RAF bringt und vergeßt, daß diese Aktionen eine gesellschaftliche Dimension nur erlangen können, durch euch und mit den Kampf- und entwickelt. Es ist doch klar, daß der Kampf gegen den Unterdrückungsapparat dem Feind die Möglichkeit gibt, sich in diesem Kampf zu üben. Die Bullen haben schließlich auch bei Demonstrationen eine Menge dazugelernt. Es wäre der pure Schwachsinn, mit diesem Argument, die Kämpfe verbieten zu wollen. Das heißt doch nichts anderes, als daß man hofft, der bewaffnete Arm der Herrschenden werde eines Tages durch Muskelschwund bewegungsunfähig. Solange sollten wir wirklich nicht warten. Euer Aufruf zur Selbstorganisation erweist sich als bloße Phrase: denn

Selbstorganisation beginnt n o t w e n d i g als Aktion einer kleinen Minderheit. Sie hat eine revolutionäre Perspektive nur dann, wenn sie von Anfang an die Mittel und Methoden für eine erfolgreiche Gegenwehr gegen die Repression entwickelt. Das aber ist das Konzept der RAF. Ganz allgemein muß gelten, daß es in unserer Propaganda kein Augenwinkern geben darf. Wenn wir den Massen den richtigen Weg zum kritischen Denken und selbstbewußten Handeln zeigen wollen, dann dürfen wir sie nie belügen. Wir dürfen nur das sagen, was wir wirklich auch meinen und wir müssen es so sagen, wie wir es meinen, und wir müssen alles sagen. Doppelbödigkeit darf es nicht geben. Jeder muß uns verstehen können. Niemand darf in die Gefahr gebracht werden, uns gegen seinen Willen mißzuverstehen. Die Massen selbst müssen die Überzeugung gewinnen können, daß wirs ehrlich meinen. Dieses Vertrauen ist die erste und wichtigste Voraussetzung für die Verankerung in den Massen.

WER AUFMUCKT - FLIEGT RAUS

Das Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten ist ein Sauladen! Diese Feststellung traf ein Strafgefangener der Strafanstalt Tegel, der sich im Krankenhaus einer Leistenbruchoperation unterziehen mußte. Da er diese Feststellung auch noch aussprach und zudem noch den Pfleger Schlamperci nachwies, flog er raus und wurde nach der Strafanstalt Tegel zurückverlegt.

Am 22. November 1971 wurde der Strafgefangene Herbert Goerke in das Krankenhaus der Berliner Vollzugsanstalten in Moabit verlegt. Bei ihm sollte eine Leistenbruchoperation vorgenommen werden. Bereits am 23.11.1971 kam es zu einer Auseinandersetzung mit einem Pfleger. Der Pfleger legte dem Genossen Goerke eine Erklärung vor. Die Erklärung besagte, daß der Patient mit der Operation einverstanden ist, und daß er über eventuelle Komplikationen und Erfolgsaussichten aufgeklärt worden war. Es war zwar richtig, daß Goerke mit dieser Operation einverstanden war, jedoch traf es nicht zu, daß er über eventuelle Komplikationen und Erfolgsaussichten aufgeklärt wurde. Deshalb legte Goerke Protest ein und erklärte sich mit der Operation einverstanden, bestand jedoch auf die Aufklärung über Komplikationen und Erfolgsaussichten oder auf Streichung des Satzes aus der Erklärung. Der Pfleger erwiderte jedoch, daß er dann eben nicht operiert, sondern sofort nach Tegel zurückverlegt werde. Bei der anschließenden Visite des Arztes Dr. Bewersdorf wurde Goerke über Komplikationen ("Sie können auch daran sterben!") und Erfolgsaussichten aufgeklärt. Danach unterschrieb Goerke.

Bei seinem weiteren Verbleiben im Krankenhaus stellte er folgendes fest: Das Mobililiar war alt und teilweise defekt. So gab es z.B. in der Drei-Betten-Zelle nur ein Nachtschränken, das zudem noch eine herausgehobene Schublade hatte. Die Betten waren uralte Eisengestelle, auf denen eine dünne Schaumstoffmatratze lag, so daß man regelrecht aus dem Bett rein- und rausklettern mußte, um sich nicht an dem kantigen Eisengestell zu stoßen. Die Toilette befand sich in der Zelle und war nur nach einer Seite hin, durch eine kleine Schamwand, von dem Raum getrennt. Die Toilette befand sich direkt neben der Tür und war beim Betreten des Raumes sofort einsichtig.

Die Patienten mußten selbst ihre Zellen subornieren, d.h. sie mußten regelmäßig ausfeigen, wischen und auch bohren. Wenn ein Patient noch so krank oder eben operiert war, so boken er von Seiten des Pflegepersonals weder Hilfestellung beim Bettenbau noch beim Waschen. Das Essen wurde von sogenannten Kalkfaktoren (Straf- und Untersuchungsgefangenen) ausgegeben. Ein Pfleger war nur dabei, weil er die Zellentüren auf- und zuschließen mußte.

Das Essen war in keiner Weise vorbereitet, sondern mußte von den Patienten selbst aufbereitet werden (Stullen schmierieren etc.). Das Mittagessen wurde in große Schüsseln gekippt und war nicht, wie sonst im Krankenhaus üblich, auf Teller bereitgestellt. Daß die Patienten auch ihr Geschirr selbst abwaschen mußten, verwundert sicher keinen mehr.

Ein Teil der Pfleger herrschte die Patienten in einem derart rauhen Ton an, daß einen nur verwunden kann. "Los, raus aus dem Bett und laufen!" war noch das Harmloseste. Einige Pfleger hatten es sich auch zur Gewohnheit gemacht, die Patienten grundstätzlich zu duzen. Viel schlimmer ist aber, daß die Pfleger

Verlegung verfrüht war, geht aus folgenden hervor: Der voraussichtliche Aufenthalt im Krankenhaus war von Frau Dr. Nickel bei der Vorbesprechung mit mindestens drei Wochen angegeben worden. Tatsächlich lag Goerke jedoch nur 10 Tage nach der Operation im Krankenhaus (vom 23. 11. 71 bis zum 3. 12. 71), Operation war am 23. 11. 71. Im städtischen Krankenhaus liegt man gewöhnlich 14 Tage bei einer Leistenbruchoperation. Drei Wochen waren deshalb von Frau Dr. Nickel angegeben worden, weil sie Komplikationen fürchtete, die aufgrund der geschwächten Abwehrkräfte (bedingt durch die lange Haft) auftreten könnten. Tatsächlich traten auch später Komplikationen



Anweisungen der Aerzte nicht immer vollständig oder überhaupt nicht ausführen. So sollte der Patient Horst Schulze auf Anweisung von Chefarzt Dr. Kutz in der laufenden Woche dem Hals-Nasen-Ohren-Arzt vorgestellt werden. Diese Vorstellung unterließ und der Hinweis Goerkes wurde von dem Pfleger Borkowsky als himmlisch in seine Arbeit gewertet. Der Patient Manfred Däselor sollte auf Anweisung von Dr. Bewersdorf nachts bei Bedarf schmerzstillende Spritzen (Novagin-Spritzen) bekommen. Eine derartige Eintragung in die Medikamentenliste war jedoch von dem Pfleger nicht getan worden. Goerke sollte sollte auf Anweisung von Dr. Kutz täglich einmal Aufbaumahrung (Sonans) bekommen. Jedoch bekam er die Aufbaumahrung nicht täglich, sondern nach Belieben der Pfleger. Außerdem sollte Goerke auf Anweisung von Dr. Bewersdorf Hautcreme (Aknedozin) und Körperpuder bekommen. Am Tage der Verlegung erklärte jedoch der Pfleger Borkowsky, daß er die Anweisung vergessen habe, brachte jedoch noch die Hautcreme und bemerkte, daß er sich den Körperpuder in Tegel besorgen sollte.

Der Rauschschuß Goerkes erfolgte in erster Linie auf Betreiben des Pflegers Borkowsky. Dieser behauptete, durch die Kritik Goerkes finde eine Entschuldig in seine Arbeit statt. Daß Goerke tatsächlich wegen seiner Kritik vorzeitig aus dem Krankenhaus entlassen wurde, geht sehr eindeutig aus einer Äußerung des Pflegers Borkowsky hervor, der vor den Zeugen Horst Schulze und Manfred Däselor sagte, daß die Verlegung mindestens zu 50 % aufgrund der Kritik erfolge. Dieser Tatbestand wurde von den Aerzten Dr. Nickel und Dr. Bewersdorf verschleiert. Frau Dr. Nickel erklärte, daß einer Verlegung ärztlich-erseiits nichts im Wege stehe.

ein. In Tegel zog sich Goerke eine postoperative Infektion - wahrscheinlich eine Nierenentzündung - zu. Diese postoperative Infektion verursachte Goerke starke Schmerzen, verus Heiber und machte ihn wieder bettlägerig. Ob diese postoperative Infektion auch im Krankenhaus aufgetreten wäre, läßt sich nicht feststellen, jedoch wäre dort die Komplikation nicht so schwer verlaufen, wie es in Tegel geschah.

Wie wenig verantwortungsbewußt die Aerzte im Krankenhaus sind, geht auch aus folgendem Fall hervor: Der Patient Manfred Däselor hatte einen Magendurchbruch und wurde deshalb operiert. Später klagte er noch immer über Schmerzen. Es wurde angenommen, daß noch ein Magengeschwür vorlag und deshalb eine teilweise Magenentfernung notwendig werden würde. Später erklärte man jedoch, daß diese teilweise Magenentfernung nicht notwendig werden würde, wenn Däselor aus der Haft entlassen würde. Es war den Aerzten also klar, daß jeder Tag Haft dem Patienten zusätzliche Schmerzen und unmitiges Leiden verursachte. Jedoch setzten sie nicht eine Entlassung Däselors durch (der nur noch eine geringe Reststrafe zu verbüßen hat), sondern ordneten eine längere Kur an.

Insgesamt ist die Feststellung, daß das Krankenhaus ein Sauladen ist und die Pfleger schlampig arbeiten, nur zutreffend. Hinzu kommt noch die Kritik an den Aerzten, denen nicht gerade Verantwortungsbewußtsein zusprechen ist.

Wichtig! Prozeß gegen Wolfsburger Kommune am 24. 2. 72! 883 organisiert die Hinfahrt!!

